



Soziale Stadt

info 17

www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

September 2005

Schwerpunkt: Integration von Migrantinnen und Migranten

Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil	2
Integration und Migrantenökonomie – Eine kritische Begriffsanalyse	9
Der Islam im Stadtteil – Chance oder Bedrohung?	16
„Multikulti ist verantwortungslos“	18
Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in stadtteilbezogene Handlungsstrategien	20
Ergebnisse des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“	22
„Soziale Stadt – meine Sicht“	24
Die Elterninitiative ELIF in Duisburg-Marxloh	26
MIKELE – Evaluation eines Interkulturellen Stadtteilprojekts zur Elternbildung in Ludwigsburg-Eglosheim	28
SAGA und GWG fördern integrationsfähige Nachbarschaften	30
Interkulturelle Gärten – Neuartige Sozialräume auf städtischen Brachflächen	32
„Eine Straße blüht auf“ – Selbstorganisation und lokale Wirtschaftsförderung in Wiesbaden	34
Interkulturelle Projekte beim Imagewettbewerb der Sozialen Stadt	35
Hinweise zum Bezug von Soziale Stadt info	15
Impressum	8
Veranstaltungshinweise	17/36

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Bedeutung des Stadtteils für den sozialen Zusammenhalt und die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer“ – so heißt es im 6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Juni 2005, S. 67) – „ist inzwischen auf europäischer Ebene sowie von Bund, Ländern und Kommunen erkannt worden.“ Weiter wird in dem Bericht betont, dass von den Programmen Soziale Stadt und E&C, die auf dieselben Quartiere ausgerichtet sind, in besonderem Maße „Impulse für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern, für die soziale Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und für beschäftigungswirksame quartiersbezogene Projekte“ ausgehen.

Die „Integration von Migrantinnen und Migranten“ gilt als zentrale gesellschaftliche Zukunftsaufgabe. Sie wurde 2005 als Maßnahmenschwerpunkt für das Programm Soziale Stadt in die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern aufgenommen. Vor diesem Hintergrund erschien es uns wichtig, in diesem *info* – quasi als Momentaufnahme zur

stadtteilbezogenen Integrationspolitik – nach integrationsfördernden Strategien und Projekten, aber auch nach Hemmnissen für Integration zu fragen.

Deutlich wird aus den Beiträgen, dass das viel beschworene Leitbild der multikulturellen Gesellschaft Risse aufweist. Einerseits ist die Mehrheitsgesellschaft nach wie vor nicht frei von Ressentiments und Ängsten gegenüber dem und den Fremden, andererseits bestehen bei Migrantinnen und Migranten Rückzugs- und Abgrenzungstendenzen sowie auch patriarchalische und archaische – teils menschenrechtsverletzende – Bräuche. Hoffnungszeichen sind dort zu erkennen, wo Sprachprobleme und Bildungsferne abgebaut, interkulturelle Aktivierungs- und Beteiligungsformen entwickelt sowie Religionen übergreifende Verständigungsebenen etabliert werden können. Aus Sicht des Neuköllner Quartiermanagers liest sich dies so: massiv in Bildung investieren, falsche Islam-Debatten vermeiden, Vorbildern echte Chancen geben!

■ Ihre Difu-Projektgruppe
Bundestransferstelle Soziale Stadt

Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil

Vorbemerkung

Ohne Zuwanderung nähme die Bevölkerung Deutschlands trotz steigender Lebenserwartung – und damit einhergehender Alterung – aufgrund niedriger Geburtenraten deutlich ab: Die von der Bundesregierung installierte Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ geht davon aus, dass sich die Bevölkerungszahl von derzeit 82 Millionen auf 60 Millionen im Jahr 2050 reduziert¹. Ein Bevölkerungsrückgang in diesem Umfang hätte für die wirtschaftliche Entwicklung wie für das System der sozialen Sicherung schwerwiegende Folgen. Zuwanderung aus dem Ausland wird die Abnahme der Bevölkerung voraussichtlich nicht ausgleichen, jedoch verringern. Die Bundesregierung geht in ihrer Bevölkerungsprognose davon aus, dass jährlich 200 000 Personen im Saldo zuwandern werden und damit die Bevölkerungszahl im Jahr 2050 bei etwa 70 Millionen liegen wird.

Wirft man einen Blick auf die gegenwärtige Situation und Diskussion, scheint Zuwanderung hauptsächlich Probleme aufzuwerfen. Die Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft muss bis zu einem gewissen Grad als gescheitert bezeichnet werden: Über den Arbeitsmarkt werden immer weniger Zuwanderer integriert². Die Kenntnisse der deutschen Sprache sind nicht nur bei Neuzuwanderern, sondern auch bei vielen schon lange in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten unzureichend. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund – so die Ergebnisse der PISA-Studie – weisen deutliche Bildungsmängel und Lernschwächen auf.

Doch die aktuelle Diskussion über Zuwanderung und Integration reicht weiter: Kaum ein Missstand, der Ausländern zugeschrieben wird, der nicht eine Debatte über das Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“ nach sich zöge. Gründe dafür werden überwiegend bei den Migrantinnen und Migranten gesucht. Von Versäumnissen der Aufnahmegesellschaft war demgegenüber viele Jahre selten die Rede. Die Diskussion darüber und über das Fehlen von Integrationsangeboten scheint erst am Beginn zu stehen und wird in den folgenden Jahren an Relevanz gewinnen. Wie nimmt ein Land seine Einwanderer auf? Wie vermittelt es ihnen die Landessprache, die örtlichen Gepflogenheiten? Wie gelingt es, Migranten am Stadtteilleben besser als bislang partizipieren zu lassen?

Ausgangslage

Mehr als 7,3 Millionen ausländische Bürgerinnen und Bürger leben in Deutschland; das entspricht einem Anteil von rund neun Prozent an der Gesamtbevölkerung. Rechnet man die Gruppen der Aussiedler mit rund drei Millionen und der inzwischen Eingebürgerten mit rund zwei Millionen sowie die Zahl der illegal in Deutschland lebenden Zuwanderer – Schätzungen reichen von 500 000 bis über 1,5 Millionen³ – dazu, beträgt die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund rund 13 Millionen, das sind etwa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. Deutschland ist, auch wenn es sich nur zögernd dazu bekennt, ein Einwanderungsland⁴.

Die Wanderungsmotive der Migranten haben sich seit der Anwerbung

der ersten so genannten Gastarbeiter in den 1960er-Jahren deutlich verändert; entsprechend haben sich auch die Zuwanderergruppen ausdifferenziert. Zuwanderung war lange Jahre geprägt durch Arbeitsmigration. Nach dem Anwerbestopp 1973 folgten Familiennachzüge und Familiengründung, in deren Folge sich die Altersstruktur veränderte. Der Anteil der Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter sank gegenüber den 1960er-Jahren deutlich. Die erste Zuwanderungsgeneration hat inzwischen das Rentenalter erreicht. Seit 1988 wird von einer neuen Phase der Zuwanderung gesprochen, da die Zahlen der Aussiedler wie jene der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge deutlich anstiegen⁵. Im Jahr 1999 erreichte die Zahl der Zuwandernden mit rund 800 000 ihren vorläufigen Höhepunkt, seitdem sinkt sie leicht. Trotz ihres gegenwärtig vergleichsweise geringen Zuwandereranteils stellen Türken mit knapp zwei Millionen die größte Zuwanderergruppe. Es folgen Italiener mit knapp 600 000 und Serben/Montenegriener mit gut 500 000 Personen.

Die Zuwanderer verteilen sich räumlich nach Bundesländern und Städten sehr unterschiedlich. Sie leben vor allem in westdeutschen Großstädten – z.B. Frankfurt/Main und Stuttgart – und in Ballungsregionen; dort liegt ihr Bevölkerungsanteil bei über 30 Prozent, in einzelnen Städten und Stadtteilen auch höher⁶. In den Kernstädten Deutschlands wohnen Ausländer vor allem in innerstädtischen, nicht-modernisierten Altbaugebieten, in alten Arbeiterquartieren und ehemaligen Kasernenwohnungen, an umweltbelasteten Standorten und in So-

zialwohnungen stark verdichteter Großsiedlungen der 1960er- und 1970er-Jahre. Diese Gebiete machen auch den größten Teil der Programmgebiete der „Sozialen Stadt“ aus. Für die Auswahl der Gebiete werden neben städtebaulichen Kriterien auch sozioökonomische Benachteiligungen wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfedichte und der Anteil von Migranten als Auswahlkriterien herangezogen.

Integration trotz Segregation

Realität in vielen Großstädten ist eine sozialräumliche Ausdifferenzierung und Segregation – das heißt eine räumliche Abbildung sozialer Ungleichheiten – der Wohnbevölkerung nach Herkunft, Ethnie, sozialer Lage und Lebensstil. Die ethnische Segregation ist ein alle Einwanderungsgesellschaften begleitendes Phänomen. Segregation an sich wird dann nicht als Problem bewertet, wenn sie ohne Zwang erfolgt und Personen ähnlichen Lebensstils und ähnlicher Milieus, z.B. Künstler, Studenten, junge Familien, in einem Wohngebiet in großer Zahl als Mieter und Eigentümer wohnen. In der Öffentlichkeit und den Medien werden jedoch Gebiete, in denen Zuwanderer in hoher Anzahl leben, zunehmend als Integrationshemmnis und als Ausdruck für Desintegration gewertet. Nicht hinterfragt wird dabei, ob die Segregation freiwillig oder unfreiwillig erfolgt. Beispielsweise wird nicht ausreichend differenziert, ob ethnisch homogene Gebiete dadurch entstehen, dass sich Zuwanderer bewusst räumlich und sozial von der Mehrheitsgesellschaft separieren und eine Anpassung ablehnen, oder ob die Zuwanderer auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt werden, sodass ihnen eine freie Wahl des Wohnorts verwehrt oder erschwert wird.

Stattdessen wird besonders in den Medien die Diskussion über soziale Brennpunkte und so genannte Parallelgesellschaften immer wieder neu entfacht. Zuwanderer und mit ihnen

die Gebiete, in denen sie leben, werden negativ dargestellt. Allein das Vorhandensein vieler Migranten (-gruppen) wird zum Problemindikator, zuweilen ist die Rede von „Ghettos“. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass diese Gebiete meist deshalb als Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf eingestuft werden, weil in ihnen vor allem Bevölkerungsgruppen mit sozioökonomisch niedrigem Status leben, Deutsche wie Zugewanderte, und Konflikte eher der sozialen Lage denn der ethnischen Zugehörigkeit zuzuschreiben sind.

In der Migrations- und Stadtsoziologie⁷ wird zwischen sozialer und ethnischer Segregation unterschieden und das Für und Wider segregierten Wohnens differenziert diskutiert. Soziale Segregation wohlhabender Haushalte ist fast immer freiwillig, jene von armen fast immer erzwungen⁸. Der ethnischen Segregation wird – je nach Perspektive – der Isolations- oder der sicherheitsgebende und gemeinschaftsbildende Faktor zugeschrieben und von „Einwanderungskolonie“, „ethnischer Enklave“, „ethnischer Kolonie“ oder „ethnic community“ gesprochen. Der positive Integrationsaspekt von ethnisch homogenen Gebieten beruht vor allem darauf, dass sie ein langsames Hineinwachsen der Zugewanderten in die deutsche Gesellschaft erleichtern und befördern können. Hier können Zuwanderer ihr Leben vorerst innerhalb bekannter Lebensweisen und ohne Kenntnisse der Sprache des Einwanderungslandes organisieren. Konflikte mit der Aufnahmegesellschaft werden so vermieden oder gemindert. Solche „Einwanderungskolonien“ erleichtern die Bildung eigenethnischer Netzwerke, die dazu beitragen, Zugewanderte sozial aufzufangen und deren Identität in einem ansonsten von Fremdheit und teilweise auch von Diskriminierung dominierten Lebensumfeld zu stabilisieren. Ein hoher Anteil von Zugewanderten ist häufig eine Grundvoraussetzung

für den Aufbau, die Entwicklung und den Erfolg von spezifischen ethnisch geprägten Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, die nicht nur den Zugewanderten, sondern auch der deutschen Bevölkerung zugute kommen.

Ethnische Segregation kann jedoch dann zu Problemen führen, wenn kein Austausch der zugewanderten Bevölkerungsgruppen mit der bereits ansässigen Quartiersbevölkerung erfolgt und diese Gebiete zu Orten sozialer Marginalisierung werden, die gegenüber anderen Stadtteilen abgeschottet sind. Das segregierte Gebiet wird dann für Zuwanderer zur Mobilitätsfalle, wenn sie keine Brücken zur Mehrheitsgesellschaft vorfinden, in Netzwerken und Institutionen der ethnischen Kolonie gefangen bleiben und ihnen auch der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt ist. Treten zur sozialen Segregation von (heterogenen) Armutsgruppen Raum- und Infrastrukturdefizite in benachteiligten Stadtteilen hinzu, so drohen kumulative Effekte, die in sich selbst verstärkenden Abwärtsspiralen münden.

Herausforderungen der sozial-räumlichen Integration:

Die Bedeutung des Quartiers wächst

Durch die abnehmende Integrationskraft des Arbeitsmarktes und den weitreichenden Ausschluss vieler Migranten von Bildung kommt dem Stadtraum für den Verlauf und Erfolg von Integrationsprozessen immer größere Bedeutung zu. Ob Migration und die kulturelle Komplexität produktiv verarbeitet werden können oder eher zu Konflikten führen, steht in engem Bezug zu den sozialräumlichen Bedingungen. Das Wohnviertel und die Wohnung als alltägliche Aufenthaltsorte und Orte der Begegnung werden für die Integration immer wichtiger⁹. Diesem Verständnis tragen das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ wie auch das Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“¹⁰ Rechnung. Beide Ansätze

zielen auf sozialräumliche Integration ab und stellen Maßnahmen und Aktivitäten in ausgewählten Gebieten in den Mittelpunkt. Integration wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die auf gesamtstädtischer Ebene ein ganzheitliches und ressortübergreifendes Integrationskonzept erfordert. An dessen Aufstellung und Umsetzung sind neben Verwaltung und Politik Akteure vor Ort und die Bewohnerschaft zu beteiligen. Gleichzeitig sind die örtlichen Angebotsstrukturen auf die Bedürfnisse der Bewohner auszurichten.

Integrationsangebote wie die Vermittlung der deutschen Sprache reichen allein nicht aus. Sozialräumliche Integration erfordert vielmehr gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, organisiert auf Stadtteil- oder Quartiersebene. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen müssen sich auf verschiedene Handlungsfelder beziehen und an den Lebenslagen der Bevölkerungsgruppen anknüpfen. Durch das Programm „Soziale Stadt“ werden seit vielen Jahren integrationsfördernde Maßnahmen initiiert und gefördert¹¹. Die Zwischenevaluierung des Programms weist aber darauf hin, dass „in der bisherigen Programmlaufzeit die Handlungsfelder Schule, Integration von Migranten und lokale Ökonomie in der Praxis noch nicht die Rolle spielten bzw. spielen konnten, die sie für die Stadtteilentwicklung eigentlich haben sollten“.¹²

Das Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ stellt stärker als das Programm „Soziale Stadt“ auf die Integration von Migranten ab: Das Expertenforum hat eine Vielzahl von Empfehlungen formuliert, die darauf ausgerichtet sind, die sozialräumliche Integration dieser Bewohnergruppen gezielt zu fördern.

Im Folgenden wird auf einige Handlungsfelder, die im Programm „Sozia-

le Stadt“ wie auch im Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ als besonders relevant erachtet werden, näher eingegangen. Zugleich werden einzelne Projekte und Maßnahmen vorgestellt. (Vgl. Praxisdatenbank www.sozialestadt.de und www.zuwanderer-in-der-stadt.de).

Handlungsfelder und Integrationsmaßnahmen im Stadtteil

Bildung und Spracherwerb vor Ort

Eine zentrale Rolle kommt bei der Integration der Bildung zu. Ohne Kenntnisse und Gebrauch der Sprache der Mehrheitsgesellschaft und ohne gleiche Bildungschancen ist Zuwanderern der Weg in die berufliche Integration – Schlüssel zur sozialen Integration – weitgehend verwehrt.

Um Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gleiche Chancen in Schul- und Berufsausbildung zu eröffnen, muss ein Schwerpunkt der kommunalen Integrationspolitik in der schulischen und allgemeinen Bildungsförderung liegen. Erforderliche Maßnahmen in diesem Handlungsfeld sind der Ausbau weiterführender Schulen im Quartier, vorschulischer Sprachunterricht, Hausaufgabenhilfen und schulische Förderangebote, der Ausbau von Schulen zu Stadtteilschulen und Bürgerzentren, berufliche Qualifizierungsangebote an Schulen sowie Sprachkurse für Eltern.

Hierzu gibt es eine Reihe von guten Beispielen, nachahmenswürdig auch für andere Kommunen: die Sprachförderung durch Sprachmittler im Kindergarten¹³ etwa oder Angebote für Deutschkurse „Mama lernt Deutsch“ in Schulen in Frankfurt/Main und Nürnberg, das Spiel- und Lernprogramm Hippy in Nürnberg, interkulturelle Sprachförderung im Stadtteilnetzwerk Kita-Eltern-Schule in Essen; als Beispiel für eine

Stadtteilschule sei auf die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen oder den Ausbau der Bachschule zum Stadtteilzentrum in Neunkirchen verwiesen.

Die Karlschule in Hamm ist ein Beispiel für eine interkulturelle Schule. Aufgrund von Schulzusammenlegungen und einer großen Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund war es immer wieder zu Konflikten und Aggressionen in der Schülerschaft gekommen. Daher wurde ein Anti-Gewalt-Programm initiiert, das verschiedene Maßnahmen kombiniert, etwa die Beratung der Lehrer- und Schülerschaft durch ein Beratungsteam und einen Sozialpädagogen, einen Wahlpflichtunterricht „Soziales Lernen“, zusätzliche Angebote an den Nachmittagen, den Aufbau von Stadtteilarbeit, die Öffnung der Schule, Projekttag und Praktisches Lernen sowie eine Demokratisierung des Schullebens durch verstärkte Arbeit mit der Schülerschaft und durch Schülerversammlungen. Gleichzeitig fand eine Vernetzung mit außerschulischen Partnern wie dem Jugendamt und der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA) statt, um mit ausländischen Eltern in Kontakt zu kommen. Es wurde ein „runder Tisch“ eingerichtet, an dem alle Ämter, die Staatsanwaltschaft und die Polizei beteiligt sind. Der jährliche Tag der Nationen, an dem die Kinder ihren kulturellen Hintergrund darstellen können, trägt zum gegenseitigen Verständnis bei. Zusammen mit dem Stadtteilbüro und mit Unterstützung von Politik und Verwaltung wurden Spiel- und Lernhilfen entwickelt, ein Kinderhort etabliert und Berufsfindungsmaßnahmen angeboten. Als Schüleraktionen zu nennen sind die Sanierung eines Spielplatzes, die Pflege einer Obstwiese, die Sanierung eines Bachlaufs sowie Bau und Pflege von Nistkästen. In den Schulräumen finden heute Nähkurse für türkische Frauen statt, es gibt eine Theater-AG

für jugendliche Aussiedler, Backaktionen von Sinti-Frauen, Seniorenfeste in der Turnhalle usw.

Migrantenökonomie

Gerade in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf leisten Existenzgründer und Unternehmer mit Migrationshintergrund viel für die soziale und sozialräumliche Integration und somit auch für die Stabilisierung der Gebiete. Diese Integrationsfunktion der Migrantenökonomie im Quartier wird in Bezug auf den Arbeitsmarkt am deutlichsten. Erfolgreiche Gründungen und Betriebe bieten nicht nur dem ethnischen Unternehmer selbst, sondern auch den Auszubildenden und Angestellten die Teilnahme am Erwerbsleben und machen sie von staatlichen Transferleistungen unabhängig. Außerdem sind ethnische Gewerbebetriebe Anlauf- und Informationsstellen für Neuzugewanderte und übernehmen häufig eine Brückenfunktion: zwischen Zugewanderten und Neuzuwanderern, zwischen Migranten und deutscher Bevölkerung¹⁴. Die Potenziale der ethnischen Ökonomie sollten daher gezielt ausgeschöpft werden, unter anderem durch kommunale Wirtschaftsförderung, die ethnische Existenzgründer und Ausbildungsverbünde ausländischer Unternehmen unterstützt.

Beispielhaft ist hier der Ausbildungsverbund ausländischer Unternehmer in Mannheim zu nennen: 1996 gegründet, trägt er zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei und fördert die Ausbildungsfähigkeit ausländischer Betriebe. Er wirbt Ausbildungsplätze an, betreut die Auszubildenden fachlich und sozialpädagogisch, berät Betriebe und qualifiziert Ausbilder. Am Ausbildungsverbund beteiligt sind rund 70 Betriebe.

Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten

Migrantinnen und Migranten – ob schon vor allem in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf überproportional vertreten – sind an den sozialen und baulichen Maßnahmen und am Stadtteilgeschehen nur marginal beteiligt. Zurückzuführen ist dies zum einen auf die jahrzehntelange gesellschaftliche und politische Ignoranz gegenüber den Zuwanderergruppen, zum anderen mangelt es häufig an Erfahrungen mit geeigneten Beteiligungsmöglichkeiten und -formen. An konventionellen Stadtteilentwicklungsprojekten und Vereinsstrukturen beteiligen sich Migranten kaum¹⁵. Sprachliche und kulturelle Barrieren tragen dazu bei, dass Migranten sich in ihre ethnischen Bezüge zurückziehen und für andere Anlässe nur schwer zu aktivieren sind¹⁶.

Um die gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern zu fördern und sie in die Gestaltung des Quartiers einzubeziehen, sind niedrigschwellige Beteiligungsangebote nötig, z.B. die Einrichtung von Kommunikations- und Begegnungsorten, die Unterstützung ethnischer Selbstorganisationen, die Durchführung von Stadtteilfesten, die Förderung von Nachbarschaften oder der Einsatz von Konfliktschlichtern.

Positiv auf die Beteiligungsbereitschaft wirkt sich aus, wenn das Quartiermanagement mit einem bikulturellen Mitarbeiter/einer bikulturellen Mitarbeiterin besetzt ist wie im Berliner Wrangelkiez. Die dort tätige Quartiermanagerin türkischer Herkunft hat mit dem Projekt „Imece“ ein Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren geschaffen, das am biografischen Hintergrund und der Lebensumwelt türkischsprachiger Bewohnerinnen und Bewohner anknüpft. Das Projekt lässt sich in drei Phasen gliedern: Eine aktivierende Befragung und eine Bewohnererversammlung wurden mit

dem Ziel durchgeführt, Wünsche sowie das Beteiligungsinteresse auszuloten. Die Wünsche, vorgestellt auf einer Bewohnerversammlung, bezogen sich auf die Verschönerung des öffentlichen Raums, auf Unterstützung bei der Kindererziehung, auf Begegnungsmöglichkeiten sowie Fortbildung und Sprachvermittlung. Es folgte die Etablierung eines regelmäßigen Treffens mit Migrantinnen aus dem Kiez. Dort werden untereinander Informationen ausgetauscht, und Experten informieren über Fachthemen. Während der Treffen ist für Kinderbetreuung gesorgt. Die dritte Phase dient der Stabilisierung der Beteiligung und ihrer Ausweitung. Außerdem wurde ein Elterntreffen eingerichtet, in dem ein erfahrener Lehrer Kurzvorträge zur Kindererziehung hält oder andere Experten eingeladen werden. Das Treffen ist in die Schulstation an einer Grundschule integriert. Ein Teil der Eltern wurde zu „Multiplikatoren“ fortgebildet, die das Gelernte an andere Eltern weitergeben oder diese zur Mitarbeit motivieren können.

Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen sowie der Verwaltung

Immer noch werden soziale Einrichtungen von Migrantinnen und Migranten selten aufgesucht, deren Angebote kaum in Anspruch genommen. Dies liegt einerseits in der Mittelschichtorientierung der Angebote, die sich nicht an den Lebensbedingungen und -erfahrungen ihrer Klienten orientieren, andererseits an einer Zurückhaltung der Zugewanderten, öffentliche und staatlich geförderte Dienste anzunehmen. Um hier entgegen zu wirken, ist es notwendig, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einzustellen und in den Einrichtungen interkulturelle Kompetenzen auf- und auszubauen. Dies trifft auch für die öffentliche Verwaltung und staatliche Organe zu. Beispielhaft für die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Ver-

waltung sind die Stadtverwaltungen von Essen, Stuttgart und München.

Verwiesen sei hier auch auf das Modellprojekt „Interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste in Moosach“, in dessen Rahmen zwei Sachverständige für Migrationsfragen im Münchner Gebiet Moosach arbeiten. Träger sind die InitiativGruppe Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. sowie der Caritas-Verband, gefördert wird es von der Stadt. Die Sachverständigen entwickeln in Kooperation mit den Einrichtungen im Gebiet Ansätze, wie die Migrantenbevölkerung in die Stadtteilstrukturen einbezogen werden kann. Eine Umfrage in den Einrichtungen vor Ort nach vorhandenen Strategien und Ressourcen für die Arbeit mit Migranten ergab folgenden Handlungsbedarf: Fortbildungsmaßnahmen interkulturellen Inhalts, interkulturelle Fachpersonalentwicklung durch Erhöhung des Anteils von Personal mit Migrationserfahrung und der interkulturellen Kompetenz sowie Stärkung des interkulturellen bürgerschaftlichen Engagements. Entsprechende Fortbildungsmaßnahmen wurden in den Einrichtungen durchgeführt und die Institutionen im Rahmen von Qualitätsmanagement betreut. Daran anschließend wurden Orientierungskurse für Frauen aus Afghanistan und der Türkei sowie interkulturelle Trainings für die Fachbasis in Moosach durchgeführt. Neben kulturellen Veranstaltungen und der Beteiligung an dem Stadtteilkulturtag im Gebiet wurden auch ehrenamtliche Dolmetscher „angeworben“, in Zusammenarbeit mit dem Alten- und Servicezentrum Moosach soziale Beratung in kroatischer Sprache angeboten und ein russisch-deutscher Gesprächskreis im Alten- und Servicezentrum eingerichtet. Das Projekt endet 2004 in Moosach, danach wird es in zwei anderen Regionen der Stadt durchgeführt.

Sicherheitsempfinden im Quartier

Öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinflussen die Lebensqualität gerade in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ganz maßgeblich. Diese Einschätzung wird bestätigt durch Ergebnisse der Befragung zu den Handlungsfeldern und Maßnahmen, die in den Programmgebieten durchgeführt wurde¹⁷.

Wenn Bewohnerinnen und Bewohner ihr Sicherheitsempfinden beeinträchtigt sehen, wirkt dies integrationshemmend. Diffuse Ängste werden in der Regel auf „Fremde“ projiziert, auf Personen, die sich durch Aussehen, Sprache und Verhalten von Einheimischen unterscheiden. Das Unsicherheitsgefühl kann oft schon durch bauliche Maßnahmen verkleinert werden, z.B. durch bessere Beleuchtung und die Beseitigung von Sichthindernissen. Das Sicherheitsempfinden lässt sich zudem durch personelle Maßnahmen wie Präsenz von Hausbetreuern und Kontaktbereichsbeamten erhöhen.

Freiräume zur Nutzung

Die Qualität des Zusammenlebens und damit auch die Stimmung im Quartier hängen auch wesentlich davon ab, wie Wohnumfeld und öffentlicher Raum gestaltet sind. Letztere sind Orte der Begegnung und des Austauschs. Sie sollten daher zur Begegnung einladen und den oft eingeschränkten Wohnraum ergänzen. Gemeinschaftsräume mit gleichberechtigtem Zugang für Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Gewohnheiten sind bereit zu stellen. Sie sollten möglichst in Eigenverantwortung der Nutzerinnen und Nutzer betrieben werden.

Im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel wurde in der Lenzsiedlung, einer Großwohnsiedlung mit hoher Bevölkerungsdichte und vielen Kindern und Jugendlichen aus 26 Nationen, für den Innenbereich der Siedlung ein Freiraumkonzept erstellt. Eine Befra-

gung hatte ergeben, dass der Zustand des unmittelbaren Wohnumfeldes für die Bewohner das größte Problem darstellt und nicht, wie vermutet, der Zustand der Hausfassaden und -dächer. Da die vorhandenen Freiflächen nicht ausreichten, wurde das Projekt „Bewegungsräume Lenzsiedlung“, gekoppelt mit dem Stadtteilentwicklungsprogramm und dem Programm „Spielraum Stadt“, in Angriff genommen. Dafür bildete sich eine Projektgruppe mit Vertretern von Sportvereinen, des Vereins für Kinder, Jugend und Gemeinwesen Lenzsiedlung e.V., des Wohnungsunternehmens SAGA, des Bezirksamtes, des Quartiersentwicklungsmanagements sowie eines Landschaftsplanungsbüros als Anwaltplaner. Gemeinsam mit der Bewohnerschaft wurde ein Freiraumkonzept erarbeitet. Zeitgleich mit der Gebäudesanierung wurden dann eine Beach-Volleyball-Anlage und Spielplätze angelegt, Stellflächen eingegrünt, Müllsammelplätze neu gestaltet und das Fuß- und Radwegenetz ausgebaut. Mit Ortsbegehungen, der Arbeit an Freiraummodellen, dem Anfertigen von Spielraum-Collagen und Zeichnungen konnte sich die Bewohnerschaft an der Planung beteiligen und die Gestaltung beeinflussen. Genutzt wurden auch Schul-Projektwochen, um Schülerinnen und Schüler mit einzubeziehen¹⁸.

Zusammenleben im Stadtteil

In sozialer Hinsicht umfasst das Zusammenleben im Stadtteil ein Miteinander, Nebeneinander oder auch Gegeneinander der verschiedenen Bewohnergruppen. In der Regel sind in den Stadtteilen alle drei Formen des Zusammenlebens vorhanden. In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf hat sich vielfach ein Milieu entwickelt, das die Artikulationsfähigkeit und das Selbstvertrauen der Quartiersbevölkerung negativ beeinflusst, Sprachlosigkeit und Konflikte fördert. Wenn Gelegenheiten zur Begegnung und Interaktion fehlen, entstehen leicht Vorurteile und gegensei-

tige Ablehnung. In der Regel ist ein Nebeneinanderleben von Deutschen und Migranten zu beobachten, nachbarschaftliche Kontakte zwischen ihnen sind – wie viele Untersuchungen zeigen – meist unverbindlich. Häufig wird das Zusammenleben deutscher und ausländischer Bevölkerungsgruppen durch starke Konkurrenzen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erschwert. Soziale Konkurrenz und sozialer Neid führen zu Ablehnung und zu Vorurteilen. Dazu kommt, dass die bestehenden Infrastrukturangebote von den Zuwanderern nicht oder nur unzureichend genutzt werden; häufig sind sie gar nicht bekannt. Hilfreich ist hier ein interkultureller Ansatz in allen Bereichen der Stadtteilarbeit, um ethnische Benachteiligungen abzubauen, Ausgrenzungen zu verhindern und Integration und Teilhabe zu ermöglichen.

Beispielhaft für interkulturelle Stadtteilarbeit und die Vernetzung der Migrantenbevölkerung und der einheimischen Akteure ist die Entwicklung von interkulturellen Nachbarschaften und von Zivilkompetenz durch das interkulturelle Büro der Stadt Darmstadt im Stadtteil Kranichstein-Süd. Um eine Migrantenarbeitsgruppe im Stadtteil aufzubauen, wurden potenzielle Multiplikatoren in Migrantenvereinen zu einem ersten Treffen eingeladen, auf dem die Situation im Gebiet und die Bedürfnisse im Stadtteil erörtert wurden. Auf nachfolgenden Arbeitssitzungen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Institutionen im Stadtteil eingeladen oder aufgesucht. Daran anschließend wurden in der Arbeitsgruppe Projekte diskutiert, mit denen sich gute Nachbarschaften im Quartier schaffen ließen. Die Arbeitsgruppe, in der sieben Migranten-Communities vertreten sind, beteiligte sich an Projekten anderer Bürgerarbeitsgruppen, von Vereinen und Institutionen im Stadtteil und hat sich mittlerweile als Bürgerarbeitsgruppe konstituiert. Sie tagt regelmäßig alle sechs Wochen und ist

an die Stadtteilwerkstatt angebunden. Durch ihre Beteiligung an Informationsveranstaltungen, Stadtteilfesten und kulturellen Aktivitäten im Gebiet entstehen Kontakte zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Das Interkulturelle Büro übernahm die Moderatorenrolle beim Aufbau der Migrantenarbeitsgruppe sowie bei der Vernetzung mit den Stadtteilakteuren und Stadtteilgremien.

Neben Integrationsangeboten im Gebiet wie „Mama lernt Deutsch“ an den Schulen mit hohem Migrantenanteil und Elterngesprächskreisen an Schulen und Kindergärten, in denen sich Eltern über erziehungs- und bildungsrelevante Themen informieren können, werden zweisprachige Informationsveranstaltungen mit Migrantenvereinen durchgeführt. Das Übersetzen während der Informationsveranstaltungen und die muttersprachigen Einladungen übernimmt ebenfalls das Interkulturelle Büro. Durch diese Fortbildung soll ein Standardrepertoire an Methoden vermittelt werden, die kontextbezogen eingesetzt werden können, um Konflikte zu lösen oder deeskalierend zu wirken.

Fazit

Da der Arbeitsmarkt als Integrationsfaktor seine hervorragende Bedeutung zunehmend verliert, werden der Sozialraum und die Wohnung/Wohnumgebung sowie die dort vorhandenen Infrastruktureinrichtungen immer wichtiger. Darüber hinaus eignen sich die Stadtteil- und Quartiersebene besonders dafür, Migrantinnen und Migranten in die Projektentwicklung und Maßnahmenumsetzung einzubeziehen. Zusammenleben findet konkret in den Stadtteilen statt, sodass Interventionsmaßnahmen, Integrations- und Partizipationsangebote auch dort ansetzen müssen. Dabei ist zu beachten, dass Integration vor Ort eine Querschnittsaufgabe ist, die auf städtischer Ebene eine ganzheitlich angelegte und ämterübergreifende Kon-

zeption verlangt. Moderation und Koordination der auf Quartiersebene zu schaffenden Netzwerke sollten beim Quartiermanagement liegen. Zu dessen Aufgaben gehört auch, die Partizipation und Beteiligung von Zuwanderern zu verbessern und Migrantenorganisationen einzubeziehen.

■ Dr. rer. soc. Bettina Reimann,
Dipl.-Volksw. Ulla Schuleri-Hartje,
Deutsches Institut für Urbanistik

Anmerkungen

- 1 Bei einer Bevölkerungszahl von 60 Millionen würde die Zahl der Erwerbspersonen von 41 auf 26 Millionen zurück gehen; vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Bonn 2001.
- 2 Die Arbeitslosenquote der Migranten ist in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen und liegt mit über 20 Prozent doppelt so hoch wie die der Deutschen.
- 3 Elwert, Georg, Unternehmerische Illegale, in: IMIS-Beiträge 19 (2002), S. 7–20, hier S. 10.
- 4 Mit dem Regierungswechsel 1998 wurde eine neue Phase der Ausländerpolitik eingeleitet: „Integration ist fester Bestandteil unserer Geschichte und wird es in Zukunft bleiben“. Die Akzeptanz der Einwanderung schlug sich nieder in der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts (Implementierung von Elementen des Territorialprinzips/Geburtsortprinzips) und in der Einberufung der unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ durch den Bundesminister des Innern.
- 5 Im Schnitt kamen zwischen 1950 und 1987 jährlich etwa 37 000 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland. Nach der Liberalisierung der Ausreisebestimmungen im Zuge der politischen Umbrüche in den Herkunftsländern stieg die Zahl von 1989 bis 1993 auf insgesamt 1,2 Mio. Fast im selben Zeitraum, nämlich zwischen 1988 und 1993, wurden 1,4 Mio. Asylbewerber aus Osteuropa, den Balkanstaaten und der Türkei gezählt; hinzu kamen 350 000 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina.
- 6 Zwar ist der Bevölkerungsanteil der Zuwanderer in ländlichen Regionen in Westdeutschland niedriger als in großen Städten, er ist aber höher als der entsprechende Anteil in den neuen Bundes-

- ländern, der bei Werten um zwei Prozent liegt.
- 7 Vgl. beispielsweise Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter, Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 1 (2001), S. 68–79; Siebel, Walter, Segregation und Integration. Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern, in: Schader-Stiftung (Hrsg.), wohn:wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens, Darmstadt 2001, S. 228–242.
 - 8 Krummacker, Michael, Migranten in der „Sozialen Stadt“ – Probleme, Herausforderungen, Lösungsstrategien, in: Forum Wohneigentum, Bonn 2005, Nr. 1, S. 22–26, hier S. 23.
 - 9 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter, Soziale Integration und ethnische Schichtung – Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, 2001.
 - 10 Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“, ist ein Verbundprojekt. Projektpartner sind die Darmstädter Schader-Stiftung, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, der Deutsche Städtetag sowie das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin, und das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung, Bochum. Das Projekt ruht auf zwei Säulen, einem Expertenforum aus Praktikern und Wissenschaftlern und dem so genannten Praxis-Netzwerk aus lokalen und regionalen Akteuren der Kommunen und Wohnungswirtschaft der Städte Berlin, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Nürnberg. Unter Berücksichtigung von flankierenden Forschungsergebnissen hat das Expertenforum die Aufgabe, den Forschungsstand und praktische Erkenntnisse zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern zu bündeln und zu systematisieren mit dem Ziel, jene Bedingungen und Zusammenhänge zu benennen, die die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland fördern oder behindern. Aufgabe des Praxis-Netzwerks ist es, die Ergebnisse des Expertenforums auf die jeweils lokalen Zusammenhänge zu übertragen, um dadurch die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern weiter zu entwickeln. Anfang 2005 legte das Expertenforum seine Ergebnisse in Form von Empfehlungen für die sozialräumliche Integration von Zuwanderern vor.
 - 11 Siehe dazu die Praxisdatenbank in www.sozialestadt.de
 - 12 Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS), Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung, Berlin 2004, S. 193 ff.
 - 13 Siehe dazu Soziale Stadt Info 15, Sprachförderung im Elementarbereich in Niedersachsen, S. 13 f.
 - 14 Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina/Floeting, Holger/Reimann, Bettina, Ethnische Ökonomie – Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab Darmstadt/Berlin 2005.
 - 15 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.), Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich, Dortmund 2001, S. 72.
 - 16 Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (Hrsg.), Analyse des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf, Dortmund 2000, S. 47 f.
 - 17 Deutsches Institut für Urbanistik, Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, S. 100 f.
 - 18 Siehe dazu: Preis Soziale Stadt 2004. Dokumentation. Berlin 2004, S. 14 f.

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)
Christa Böhme
Klaus-Dieter Beißwenger

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030/390 01-282
Telefax: 030/390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

MercedesDruck Berlin

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier gedruckt.



Im Auftrag des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMV/BW), vertreten durch
das Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung (BBR)

Integration und Migrantenökonomie – Eine kritische Begriffsanalyse

Die Autoren setzen sich mit der Unvollständigkeit und inhaltlichen Einschränkung des herkömmlichen Begriffs der Migrantenökonomie kritisch auseinander. Vorgeschlagen wird dessen Präzisierung, um hierdurch die gedankliche Möglichkeit zu eröffnen, Migrantenökonomien umfassend und auf Integration zielend in einen Zusammenhang mit der Ökonomie der Mehrheitsgesellschaft zu stellen.

I. Die Begriffe in der Sozialen Stadt

Die Soziale Stadt-Strategie leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, in einem europäisierten und globalisierten Deutschland eine 30 Jahre lang praktizierte „Ausländer“-Politik in eine „Integrations“-Politik der Moderne zu überführen. Hierbei bietet die Soziale Stadt eine wertvolle Plattform, fachspezifische wie interdisziplinäre Diskurse zu führen. Der Innovationsbedarf in der Integrationspolitik ist ebenso erheblich wie vielfältig und durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche. In kaum einem anderen gesellschaftlichen Handlungsfeld werden zudem die Wechselbezüge von Problemlagen derart deutlich.

Mit dem Begriff der Sozialen Stadt beschrieb man bisher einen Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf. Angestrebt werden sollte jedoch für die Zukunft, dass dieser Begriff ebenso das Verhältnis dieser Gebietskulisse zur Gesamtstadt und umgekehrt erfasst. Auf diesen Aspekt wird im weiteren Verlauf des Beitrags noch zurückzukommen sein.

Anfang der 90er-Jahre wurden Termini und Arbeitstitel gesucht, mit denen sich die Zustände in jenen Gebieten beschreiben ließen, die mit auffallen-

den Segregationsprozessen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Stadtentwicklungspolitik erregten. Nachträglich betrachtet belegen die teilweise unspezifischen Begriffsbildungen wie „Migrantenökonomie“, „Lokale Ökonomie“ sowie „stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung“ den Mangel an Ziel- und Rahmensetzungen in den programmatischen Anfangsphasen der Sozialen Stadt. Dieser Mangel mag dem anfänglich hohen Handlungsdruck in den Gebieten und der noch mangelnden Praxiserfahrung geschuldet gewesen sein. Inzwischen ist jedoch eine routinierte Handhabung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt zu verzeichnen, die definitorische Nachbesserungen erlaubt und der eine verbesserte Zielsetzung in der Ausrichtung der Programmatik folgen könnte. Evaluationen und Zwischenbilanzen auf Bundes- wie Landesebene sowie umfangreiche Forschungsarbeiten auf allen relevanten Themengebieten der Sozialen Stadt haben hierzu weit reichende Grundlagen erarbeitet¹. Es besteht deshalb durchaus Bedarf, das Programm partiell nachzusteuern, um der Gefahr entgegenzutreten, mit dem Programm – trotz guter Absichten – neue Segregationsfallen für die betroffenen Stadtteile zu provozieren. Mit dem vorliegenden Beitrag soll unter anderem auf derartige Gefährdungsmomente hingewiesen werden.

Kennzeichnend für die Bevölkerungsstruktur in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist zumeist ein überdurchschnittlich hoher Anteil an zugewanderten Bevölkerungsgruppen. Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Stadtteil und in der Gesamtstadt sowie solche der Existenzsicherung Zuwandernder²

stehen im unmittelbaren Kontext zueinander und werden in der Theorie- und Praxisentwicklung zur Sozialen Stadt immer wichtiger. Zwischenevaluationen zur Sozialen Stadt belegen in diesen Handlungsfeldern nach wie vor Defizite und konstatieren deshalb einen verstärkten Handlungsbedarf. Die in diesem Rahmen diskutierten Handlungsansätze zur Förderung der Lokalen Ökonomie und einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung weisen in Folge neuer Gesetzeslagen (unter anderem „Hartz IV“) und einer anhaltenden Konjunktur- und Arbeitsmarktschwäche nur vereinzelte Erfolge bezüglich der erhofften wirtschaftlichen Stabilisierung der Stadtteilbevölkerung aus.

In der Praxis- wie Theoriediskussion fällt zudem eine unspezifische, sich häufig überlagernde Verwendung der Begriffe „Migrantenökonomie“, „Lokale Ökonomie“ und „stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung“ auf. Aus der Sicht der Autorin und des Autors belegt dies die allgemeinen Handlungsunsicherheiten im Themenfeld und den dringenden Bedarf, die Definitionen so zu aktualisieren, dass die wechselseitigen Bedingtheiten in der Thematik ebenso ihren Niederschlag finden wie notwendige programmatische Korrekturen.

II. Integration

Ausgangspunkt aller Betrachtungen ist der Begriff „Integration“. Nur durch dessen Bewusstmachung wird deutlich, welche Ziele und Ideen in der Zuwanderungspolitik und in allen damit zusammenhängenden Politikfeldern zu verfolgen sind. Es wird insbesondere deutlich, dass Integration auf Teilnahme an den verschiedenen

Lebensbereichen in der Mehrheitsgesellschaft gerichtet ist.

In der Soziologie ist Integration die Verbindung einer Vielheit von Einzelnen oder von Gruppen zu einer gesellschaftlichen Einheit, die sich in der Annahme kulturspezifischer Wertvorstellungen und sozialer Normen (Integrationskerne) durch die Beteiligten äußert. Ursprüngliche Grundlage einer gesellschaftlichen Integration ist der Zwang zur Kooperation bei der Daseinssicherung (strukturierte Interaktion), aus der die Notwendigkeit der Verhaltensregulierung (soziale Kontrolle, Sanktionen) durch Institutionen folgt. Eine besondere Integrationsfunktion kommt dabei den Religionen als Instanzen der Bestätigung geltender kultureller Werte sowie den Erziehungssystemen (Sozialisationsinstanzen) zu. Eine Gefährdung der Integration kann daraus entstehen, dass die Werte und Normen bestehender Gruppierungen (Subkulturen) mit denen des übergeordneten Systems nicht oder nur partiell übereinstimmen³.

In jüngsten Forschungsprojekten zum Thema „Zuwanderer in der Stadt“ wird der strukturelle Integrationsbegriff zugrunde gelegt, „der auf die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben unter Respektierung ihrer jeweiligen kulturellen Eigenart zielt.“ Das Aufnahmeland müsse Integrationsangebote bereitstellen, während die Zuwanderer berechtigt, aber auch angehalten seien, sie wahrzunehmen⁴.

Allen genannten Definitionen ist gemein, dass es sich bei der Integration um einen Prozess handelt. Dieser ist auf Seiten der Migranten wie auf jener der Mehrheitsgesellschaft stark von politischen, gesellschaftlichen und wertbegründeten Vorgaben geprägt. Von Bedeutung ist weiterhin, dass der räumlichen Aufnahme in ein

Zuwanderungsland mehrere notwendige Stufen der Teilnahme an den verschiedenen Lebensbereichen in der Mehrheitsgesellschaft folgen. Dabei ist die Teilnahme an den wirtschaftlichen Lebensbereichen der Aufnahmegesellschaft eine der notwendigen Voraussetzungen, um jede weitere Entwicklung der Integration überhaupt realisieren zu können.

III. Migranten und Ökonomie

Der Terminus der Migrantenökonomie enthält als allgemeinen Begriff den der Ökonomie (Wirtschaft). Es ist deshalb zunächst zu klären, welche Merkmale der Begriff „Ökonomie“ aufweist.

Woll definiert Wirtschaft als den „Lebensbereich, dessen Wesen durch die Aufgabe bestimmt wird, menschliches Leben materiell zu erhalten und zu sichern“⁵. Konkreter wird Wirtschaft an anderer Stelle beschrieben als „alle Einrichtungen wirtschaftlich nutzbarer Gegebenheiten (z.B. Produktionsfaktoren) und Tätigkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen an Waren und Dienstleistungen. Die Gesamtheit der Beschaffungs-, Produktions-, Verteilungs- und Verwendungsvorgänge im Sinne von Konsum, Sparen und Investition wird als ein Wirtschaftsprozess bezeichnet. Der Mensch als Gestalter dieses Wirtschaftsprozesses wird Wirtschaftssubjekt genannt.“⁶

Demzufolge bezieht sich der Begriff auf alle Menschen, die am Wirtschaftsprozess teilnehmen, das heißt alle Unternehmer und alle Personen, welche Leistungs-/Faktor-Einkommen erzielen. Unbestritten ist hierbei, dass die Arbeit einen Produktionsfaktor darstellt. Zu den Einkommen gehören gleichfalls so genannte Übertragungs- oder Transfereinkommen. Diese Einkommen fließen Wirtschaftseinheiten aufgrund rechtlicher Ansprüche (Sozialrenten, Pensionen) oder freiwilliger Zuwendungen zu⁷. Daraus folgt, dass auch Menschen,

die Transferleistungen erhalten, am Lebensbereich Wirtschaft partizipieren.

Aus dem – wirtschaftswissenschaftlichen – Begriff „Wirtschaft“ leitet sich der Begriff „Migrantenökonomie“ ab. Es handelt sich dabei um den wirtschaftlichen Lebensbereich, an dem Personen mit Migrationshintergrund teilnehmen. Das besondere Merkmal: das Wirtschaftssubjekt ist mindestens eine Person mit Migrationshintergrund.

Der Begriff „Migrationshintergrund“ impliziert dabei, dass Migrantinnen und Migranten aufgrund ihrer Herkunft wirtschaftliche Vorgänge anders auffassen, anders definieren und anders gestalten als Personen, die in der Mehrheitsgesellschaft wirtschaftlich tätig sind. Dies ergibt sich unter anderem daraus, dass Migranten einen „anderen“ kulturellen Hintergrund haben und das Bestreben mitbringen, ihre kulturelle Identität in ihren wirtschaftlichen Vorgängen wieder zu finden. Zudem ist durchaus offensichtlich, dass Migranten „andere“ soziale und familiäre Strukturen aufweisen und vielfach über eine „andere“ Mentalität verfügen (Stichworte: Risikobereitschaft, Dienstleistungsbeurteilung). Nicht unbedeutend ist weiterhin der Faktor, dass Migranten vielfach, jedenfalls die erste Generation, einen Neuaufbau in wirtschaftlicher Hinsicht bewerkstelligen müssen.

Durch die besonderen Lebensumstände von Migranten können auch spezifische wirtschaftliche Probleme entstehen, z.B. aufgrund Mangels an Sprachkenntnissen, an Bildung, an Erfahrung im Umgang mit Formalien und Verwaltung sowie im Erfassen der Mentalität des betreffenden Landes.

Aus dieser inhaltlichen Ableitung folgt, dass der Begriff „Migrantenökonomie“ gegenwärtig in der einschlä-

gigen Literatur zu eng gefasst wird. Dort umschreibt er ausschließlich die Existenzsicherung durch selbständige Arbeit von Personen mit Migrationshintergrund, wobei sich zwischen verschiedenen Erklärungsansätzen (Kulturansatz, so genannte Nischenökonomie) unterscheiden lässt. In neuerer Literatur wurde der Begriff der Migrantenökonomie zwar definitorisch um die „abhängige Beschäftigung in von Personen mit Migrationshintergrund geführten Betrieben“ erweitert⁸. Doch diese Definition erscheint ebenfalls nicht vollständig. Auch ein Migrant, der z.B. in einem Betrieb eines Einheimischen oder einer ausländischen Firma lohnabhängige Arbeit erbringt oder von Transferleistungen Dritter lebt, gehört zur Migrantenökonomie. Diese Vorgänge dienen nämlich ebenfalls der wirtschaftlichen Existenzsicherung des Migranten und gegebenenfalls der seiner Familie.

Insofern umfasst der Begriff der Migrantenökonomie jeden Lebensbereich, der durch die Aufgabe bestimmt wird, den Lebensunterhalt von Personen mit Migrationshintergrund zu sichern. Entscheidend ist, dass un-

ter diese Definition der Migrantenökonomie nicht nur jene ökonomischen Verhältnisse fallen, in denen ein Migrant als Unternehmer beteiligt ist oder in denen Migranten als Unternehmer und Arbeitnehmer innerhalb der Migranten-Community „unter sich bleiben“, sondern alle wirtschaftlichen Verhältnisse, an denen Personen mit Migrantenbiographie – auch in Beziehung zur Mehrheitsgesellschaft – beteiligt sind.

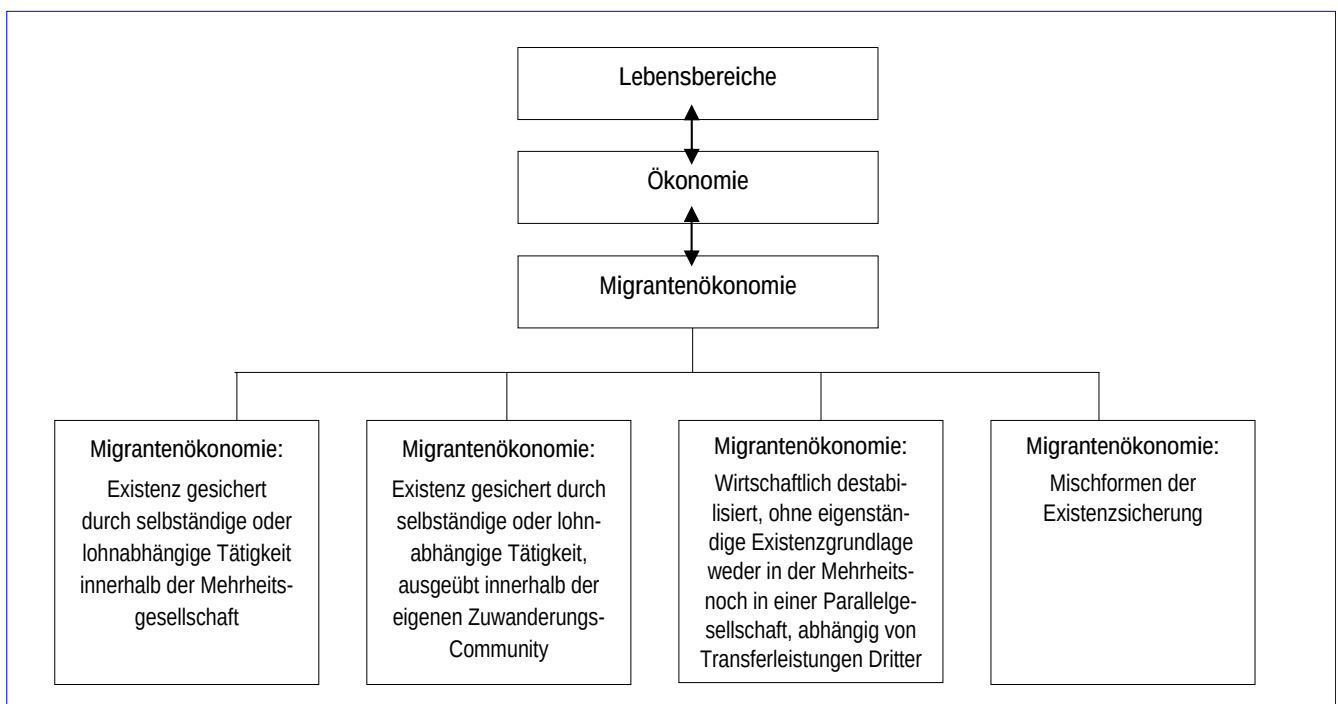
Gemäß dieser Begriffsklärung lassen sich Migrantenökonomien wie folgt ausdifferenzieren:

- Migrantenökonomien, gegründet auf existenzsichernde lohnabhängige oder selbständige Tätigkeit, ausgeübt in der und integriert in die Mehrheitsgesellschaft;
- Migrantenökonomien, gegründet auf existenzsichernde lohnabhängige oder selbständige Tätigkeit, ausgeübt innerhalb einer eigenen Zuwanderungs-Community im Sinne einer sozialräumlich konzentrierten Parallel- oder Segregationsgesellschaft (z.B. in Gebieten der Sozialen Stadt);
- wirtschaftlich destabilisiert lebende Migranten ohne eigenständig

gesicherte Existenzgrundlage in der Mehrheitsgesellschaft oder in sozialräumlich konzentrierten Parallel- oder Segregationsgesellschaften, abhängig von Transferleistungen Dritter (zum Beispiel durch Selbstausbeutung innerhalb von Familienclans mit hohen geschlechtsspezifischen und generationsbezogenen Abhängigkeitsstrukturen);

- Mischformen von Migrantenökonomien, charakteristisch gerade für die Existenzsicherung innerhalb zugewanderter Familiennetzwerke und Communities.

Es wird deutlich, dass die Migrantenökonomie innerhalb der Ökonomie der Mehrheitsgesellschaft existiert (Teilidentität) und dort keinen geschlossenen wirtschaftlichen Bereich darstellt. Sie unterliegt vielmehr vielfältigen Verknüpfungen und wechselseitigen Bedingtheiten innerhalb der Ökonomie der Mehrheitsgesellschaft. Es handelt sich nicht um ein „Untersich-Bleiben“, das auch nicht den tatsächlichen und realen wirtschaftlichen Verhältnissen entspräche. Migrantenökonomie kann aufgrund der beschriebenen Teilidentität näm-



lich nur durch Öffnung zur Mehrheitsgesellschaft und umgekehrt funktionieren. Nur eine so verstandene Migrantenökonomie wäre im Übrigen mit den Vorstellungen einer gelungenen Integration in Einklang zu bringen.

So verstanden eröffnet sich auch die gedankliche Möglichkeit, Migrantenökonomien umfassend und auf Integration zielend in Zusammenhang mit der Ökonomie der Mehrheitsgesellschaft zu bringen. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Integration selbst, weil durch die begriffliche Erweiterung entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen auch eine Öffnung zur Mehrheitsgesellschaft befördert werden könnte.

Die Soziale Stadt-Programmatik trägt zwar explizit dazu bei, Lebenssituationen – und dies schließt die wirtschaftliche Situation ein – von Migrantinnen und Migranten zu beschreiben, zu analysieren und zum Gegenstand einer ressortübergreifenden Stadtteilentwicklungspolitik der Städtebauförderung zu machen. Die integrierten Handlungsansätze werden allerdings im Wesentlichen auf der Grundlage einer defizitären Situationsbeschreibung hinsichtlich des spezifischen Stadtteils und seiner Bevölkerung abgeleitet. Dies obwohl festzustellen ist, dass die Defizite im Wesentlichen nicht der baulich-räumlichen Situation der Stadtteile geschuldet sind, sondern hauptsächlich der auf Exklusion gerichteten ausländerrechtlichen und -politischen Tradition der Bundesrepublik, die eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe Zuwandernder bisher stark erschwerte⁹. Es ist deshalb festzuhalten, dass Probleme mangelnder Integration zuwandernder Bevölkerungsgruppen – hier: in Bezug auf den wirtschaftlichen Lebensbereich – in einem Politikfeld (Städtebau) und in einem lokalen Bezug (Stadtteil) behandelt werden, in denen sie gar nicht ursächlich entstehen¹⁰.

IV. Strategien und Handlungsansätze

Da im Rahmen der Sozialen Stadt die Integration von Migrantinnen und Migranten – unter anderem durch Beförderung ihrer materiellen Existenzsicherung – ein vorrangiges Ziel darstellt, ist zu eruieren, mit welchen Strategien und Handlungsansätzen dieser Prozess spezifisch unterstützt werden kann. Können die bis dato in der Praxis diskutierten Strategien der stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung und Förderung der Lokalen Ökonomie hierzu einen Beitrag leisten? Kritisch wird hierbei zu fragen sein, ob in diesen spezifischen Handlungsansätzen Gefährdungsmomente im Sinne zusätzlicher Exklusion liegen, hervorgerufen durch das Fehlen von oder widersprüchliche Begriffsbestimmungen, durch verkürzte Zielbestimmungen oder durch den Sozialraumbezug in der Sozialen Stadt.

Zur Annäherung an diese Fragen werden im Folgenden die beiden Handlungsansätze der *stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung* und der *Förderung der Lokalen Ökonomie* in Abgrenzung zur *traditionellen Wirtschaftsförderung* kurz dargestellt. Die beiden erstgenannten Begriffe werden vorwiegend synonym verwendet, vor allem deshalb, weil sie sich mit den konkreten sozialraumorientierten Problemen auseinander setzen. Dies führt dazu, dass in den Praxisfeldern vielfach kaum mehr Unterschiede in den Handlungsansätzen zu erkennen sind¹¹.

Traditionelle Wirtschaftsförderung

Traditionelle Wirtschaftsförderung definiert sich im urbanen und regionalen Raum über Standortfaktoren. Wirtschaftsförderung „denkt“ nicht in Stadtteilgrößen und hat üblicherweise keinen sozialräumlichen Bezug. Sie nimmt nicht per se die Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik in den Blick, schon gar nicht, wenn es um schwierige Zielgruppen geht. Wirtschaftsförderung korrespondiert

selbstverständlich mit der Arbeitsmarktpolitik, aber der Blick ist hier ressourcenorientiert und erst nachrangig sozial(raum)orientiert. Wirtschaftsförderung „denkt“ in Stadt- und Landesgrößen, Flächenpotenzialen, Logistik, und der Maßstab aller wirtschaftspolitischen Betrachtungen orientiert sich mindestens an Stadt, an Region, vorzugsweise an globaler Größe. Traditionelle Wirtschaftsförderung interessiert sich im Regelfall nicht explizit für Stadtteile mit hohen Migrantenanteilen oder für jene Stadtteile, denen eher Standortnachteile nachgesagt werden, wie dies häufig bei Standorten der Sozialen Stadt der Fall ist.

Im Praxisfeld der Sozialen Stadt haben sich deshalb zwei Handlungsansätze herausgebildet, die sich zum einen im engeren, traditionellen Rahmen, zum anderen im erweiterten, sozial begründeten Rahmen die wirtschaftliche Stabilisierung von Stadtteilen zum Ziel gesetzt haben, nämlich die *stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung* und die *Förderung der Lokalen Ökonomie*.

Stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung

Stadtteilorientierte Wirtschaftsförderung setzt auf Wege und Möglichkeiten, Stadtteile mit Segregationstrends als Wirtschaftsstandorte aus ihren eigenen, lokalen Ressourcen heraus zu entwickeln, ihr Image zu verbessern und Betriebe, Firmen, Dienstleistungen und Infrastruktur im Stadtteil zu halten oder gar neu anzusiedeln. Soziale-Stadt-Standorte haben nach den Strategien einer stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung eine Entwicklungschance als Wirtschaftsstandort, wenn es um unspektakuläre Standorte für Start-up-Firmen geht oder wenn es sich um Standortstabilisierungen, Existenzsicherungen und Gründungen deutscher wie zugewanderter Unternehmerinnen und Unternehmer handelt.

Das Hauptgewicht der stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung liegt in der Mitwirkung an Standortverbesserungen und Standortvermarktungen, in der Öffentlichkeitsarbeit und in betriebswirtschaftlichen Beratungen von spezifischen Zielgruppen, unter anderem von Migrantenunternehmen. Der Sache nach handelt es sich um eine traditionelle Wirtschaftsförderung mit stark sozialräumlichem Bezug und einer besonderen Zielgruppenausrichtung.

Förderung der Lokalen Ökonomie

Die Förderung der Lokalen Ökonomie weist dagegen stärkere Theorie- und Praxisbezüge zur Gemeinwesen- und Sozialarbeit auf, während die traditionelle betriebswirtschaftliche Beratung mehr in den Hintergrund tritt. Dieser Ansatz konzentriert sich seit seiner Entstehung auf kommunal und regional bezogene Wirtschaftsentwicklung zur Entgegnung von Arbeitslosigkeit, die im großen Umfang durch Struktur- und Konjunkturkrisen in der Großindustrie ausgelöst wurde¹².

Gegenstand sind somit Handlungsfelder der Beschäftigung und Qualifizierung von Zielgruppen mit erheblichen sozialen Problemen und Integrationsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, häufig also Personen, die ihre Existenz auf der Basis von Niedriglohnarbeit oder Transferleistungen bestreiten müssen.

In der konkreten Arbeit vor Ort kommt es zu Parallelitäten und Überschneidungen der Handlungsansätze, was letztlich zu der bereits beschriebenen Vermengung der Begrifflichkeiten geführt hat. Diese Vermengung wird zum Beispiel deutlich, wenn im Rahmen des URBAN II-Programms der Stadt Kassel in einem Modellprojekt unter „Förderung der Lokalen Ökonomie“ ein Wirtschaftsförderungsprogramm für Klein- und mittelständische Betriebe sowie Existenzgründungen verstanden wird.

Im Kontext der Theorie- und Praxisdebatten zur Sozialen Stadt und den zuvor genannten Handlungsansätzen bildeten sich wiederum zwei theoriegeleitete Erklärungsansätze heraus, die sich im Wesentlichen mit der Existenzgründung oder Selbständigkeit von Migranten beschäftigen. Es handelt sich hierbei einerseits um den *Kultur- oder Ressourcenansatz* und andererseits um den so genannten *Reaktionsansatz*, auch „*Nischenökonomie*“ genannt.

Kulturansatz

Der Kulturansatz macht Entstehung und Funktion der Migrantenökonomie – hier im herkömmlichen Sinne die Ökonomie Selbständiger – an kulturellen Besonderheiten der ethnischen Gruppen fest. Er erklärt die Selbständigkeit von Migranten als Ereignis spezifischer kultureller Merkmale, die die unternehmerische Aktivität begünstigen. Es wird angenommen, dass es eine kulturell geprägte Neigung zur Selbständigkeit gibt. Unterstrichen wird dies häufig mit Begriffen wie „Basar-Mentalität“ oder „ausgeprägte Händler-Neigung“. Um die Entscheidung von Migranten für den Weg in die Selbständigkeit zu erklären, werden in diesem Modell die kulturellen Werte und Normen der Herkunftsländer als ausschlaggebend für das wirtschaftliche Verhalten der Migranten in der Aufnahmegesellschaft erachtet¹³.

Reaktionsansatz/„Nischenökonomie“

Der so genannte Reaktionsansatz erklärt Entstehung und Funktionsweisen von selbständigen Migrantenökonomien in Bezug auf sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Gemeint ist hier vor allem die steigende Arbeitslosigkeit in den letzten 15 Jahren, die viele Zugewanderte zu Existenzgründungen oder Existenzgründungsversuchen veranlasste¹⁴. Mit dem Begriff „Nischenökonomie“ werden vor allem Wirtschaftsbezüge innerhalb von Zuwanderungs-Communities beschrieben,

die zur Mehrheitsgesellschaft geringe oder gar keine Öffnung aufweisen.

Feldbeobachtungen und Theoriebildungen verschiedener Fachdisziplinen zu der wachsenden Gruppe der selbständig tätigen Zugewanderten in der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren sehr stark aus der Sozialen Stadt-Debatte heraus und in Verbindung mit den dort vertretenen Handlungsansätzen geführt worden. Positive Effekte sind hierbei das verstärkte öffentliche Interesse und die damit einhergehende Auseinandersetzung mit der Zuwanderungsfrage und deren Politisierung in der Gesellschaft wie in allen Parteien. Negativ für die Bewusstseinsbildung in Staat wie Gesellschaft war hingegen, dass die Ökonomie von Migranten bislang im Wesentlichen mit als defizitär beschriebenen stadträumlichen und sozialen Situationen in Verbindung gebracht wurde. Migrantenökonomie wurde dabei vielfach als Ökonomie von förderungsbedürftigen und wirtschaftlich schlecht aufgestellten Migrantenunternehmen aufgefasst. Dadurch wurde bislang der Blick auf Migrantenunternehmen und Migranten verstellt, denen es – gerade auch aufgrund ihrer Herkunft – wirtschaftlich gut geht. Und deshalb konnte es auch geschehen, dass Migrantenökonomie nicht oder nur vereinzelt als Potenzial und Ressource wahrgenommen wurde; es überwog die Annahme einer problembehafteten Klientel. Überspitzt könnte man sagen: Die bisherige Verwendung des Begriffs war nicht nur unvollständig hinsichtlich dessen definitorischer Differenzierung, sondern assoziierte und implizierte darüber hinaus per se Exklusion – räumlich wie sozial.

Das negative Bild entspricht nicht der Vielfältigkeit von Migrantenökonomien in der Bundesrepublik. Innerhalb dieser gibt es eine große Bandbreite, die von Eliten und Etablierten bis zu Armutsgefährdeten und Hilfebedürftigen reicht¹⁵. Wichtig sind

künftig gesellschaftspolitische Wahrnehmungen und Meinungsbildungen, die dem Gesamtspektrum – von wirtschaftlichen Leistungsstärken über Leistungshemmnisse bis hin zu Leistungsverweigerungen von Zugewanderten – gerecht werden. Nur dann ist es möglich, gezielte und vor allem differenzierte Unterstützungsstrukturen für die wirtschaftliche und sonstige Integration aufzubauen. Der Sozialraumbezug auf die Soziale Stadt kann hierbei nur ein Zwischenschritt für Problemanalysen und erste Handlungsansätze sein: Die Soziale Stadt ist bestenfalls ein Lernfeld für eine notwendige soziale, wirtschaftliche und zumeist räumlich symbolisierte Transformation zwischen Teilgesellschaften und Mehrheitsgesellschaft. Den Erkenntnisgewinnen aus Praxisberichten und Evaluierungen dieser (Lern-)Prozesse müssen politische, programmatische wie administrative Konsequenzen auf den Ebenen von Bund, Land und Kommune folgen, um die notwendige, ressortübergreifende Integrationspolitik zu befördern. Um es für den städtischen Raum zu verkürzen: Die Erkenntnisse aus den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen in eine gesamtstädtische Integrationspolitik einfließen. Auf die Praxis bezogen heißt dies: Die Mitwirkung beispielsweise von Wirtschaftsförderungsinstitutionen (z.B. der Industrie- und Handelskammern oder staatlicher Investitionsbanken) am Runden Tisch eines Projektes zur Förderung der stadtteilorientierten Wirtschaft in einem Programmgebiet der Sozialen Stadt ist nur dann nachhaltig, wenn diese Institutionen daraus weitere integrationsfördernde Konsequenzen ziehen. So wäre es beispielsweise geboten, die Beratungsleistungen der jeweiligen Institutionen auch für die Migrantinnen und Migranten der Gesamtstadt kundenfreundlich zu öffnen. Nur durch ein flächendeckendes und nicht nur partielles Beratungsangebot können alle Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt erreicht wer-

den. Alles andere verursachte zwar personal- und kostenaufwändige Organisations- und Kooperationsstrukturen in den Sozialen Stadt-Projekten, bliebe aber doch nur ein Strohfeuer.

V. Zusammenfassung

Es ist festzuhalten: Die Frage der Stabilisierung und Förderung von Migrantenökonomien – ganz gleich ob die Migrantinnen und Migranten von selbständiger Arbeit, lohnabhängig oder von Transferleistungen leben – ist von zentraler Bedeutung für die Integration von Zuwanderungs-Communities in die Mehrheitsgesellschaft. Die Voraussetzungen, um in die Mehrheitsgesellschaft aufgenommen zu werden, sind für Menschen mit Migrationshintergrund räumlich, sozial, kulturell und ökonomisch sehr unterschiedlich. Entsprechend stellt sich auch deren gesellschaftliche Position dar: Das Spektrum reicht hier inzwischen von sehr etabliert bis hin zu sozial prekär.

Wir können von notwendigen Entwicklungsstufen der Integration von Migrantinnen und Migranten in die Aufnahmegesellschaft ausgehen, an deren Ende eine gleichberechtigte Teilhabe der Zugewanderten an allen Lebensbereichen der Gesellschaft im Sinne einer gelungenen Integration stehen sollte.

Projekte der Sozialen Stadt können Integration durch einen integrierten Handlungsansatz in Handlungsfeldern wie Städtebau/Wohnen und Wohnumfeld, Schule und Bildung, Qualifizierung, Beschäftigung und Ökonomie sowie Jugend und Soziales unterstützen. Der Handlungsradius oder Aktionsraum ist hierbei ein Sozialraum im Sinne eines Quartiers oder eines Stadtteils; der Wirkungsradius im Sinne eines Lernprozesses muss diesen Raum materiell wie ideell überschreiten. Der Lernprozess betrifft dabei die Seite der Zuwanderungs-Communities ebenso wie jene der Mehrheitsgesellschaft.

Handlungsansätze zur nachhaltigen Stabilisierung der wirtschaftlichen Lebensbereiche von Migrantinnen und Migranten vermögen in der Sozialen Stadt-Strategie nur dann einen Beitrag zur Integration von Zugewanderten zu leisten, wenn sie als Zielvorgabe der Projekte und Maßnahmen eine räumliche, wirtschaftliche wie gesellschaftliche Öffnung zur Gesamtstadt und zur Mehrheitsgesellschaft vorsehen.

■ Kontakt:

Dr. rer. pol. Annegret Boos-Krüger
HA Hessen Agentur GmbH
Regionalbüro Kassel
Kurfürstenstraße 7, 34117 Kassel
Telefon: 0561/72899-28
Telefax: 0561/72899-32
E-Mail: annegret.boos-krueger@hessen-agentur.de

Servicestelle HEGISS
Schumannstr. 4-6, 69325 Frankfurt/Main
Telefon: 069/133850-66
Telefax: 069/133850-69
E-Mail: HEGISS@hessen-agentur.de
www.hegiss.de

Dr. jur. Burkhard Wilk
Akazienweg 22, 34117 Kassel

Anmerkungen

- 1 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2005), Die Soziale Stadt. Ein Programm wird evaluiert, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3, Bonn; Deutsches Institut für Urbanistik (2002), Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin; Deutsches Institut für Urbanistik (2003), Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin; IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004), Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung, Berlin.
- 2 Die Autoren legen im Folgenden dem Begriff der „Zuwanderer“ die Definition des Expertenforums des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ zugrunde, das die Verbundpartner Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag (DST), Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immo-

bilienunternehmen (GdW), Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) und Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (InWIS) von Januar 2004 bis August 2006 gemeinsam durchführen. „Nach dem Verständnis des Expertenforums sind Zuwanderer diejenigen Migranten, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, und ihre Nachfahren (Personen mit Migrationshintergrund). Der Begriff umfasst damit auch die (Spät-) Aussiedler, die zwar nach ihrem Rechtsstatus Deutsche sind, de facto aber wie auch andere Zuwanderer von Integrationsproblemen betroffen sind. Vgl. hierzu: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2005), Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, Darmstadt, S. 10.

3 Der große Brockhaus, 18. Auflage (2001), Leipzig, S. 561–562.

4 Vgl. hierzu: Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) (2005), Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, Darmstadt, S. 10. Die Verfasser berufen sich in ihren Ausführungen auf: Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (2001), Berlin, S. 18.

5 Woll, A. (2000), Wirtschaftslexikon, München, Wien, S. 797.

6 Vgl. hierzu: Der große Brockhaus, 18. Auflage (2001), Leipzig, S. 993.

7 Vgl. hierzu: Woll, A. (2000), Wirtschaftslexikon, München, Wien, S. 161.

8 Schuleri-Hartje, U.-K./Floeting, H./Reimann, B. (2005), Ethnische Ökonomien. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, Berlin, Darmstadt, S. 9. Anmerkung der Verfasser: Das Autorenteam verwendet zudem den Begriff der ethnischen Ökonomien als Synonym für Migrantenökonomien.

9 Vgl. hierzu: Reißlandt, C. (2003), Ein neuer Anlauf nach dem Scheitern? Die wechselhafte Geschichte des Zuwanderungsgesetzes, S. 124: „Obwohl die Bundesrepublik Deutschland mit ca. 7,3 Mio. Menschen ausländischer Wohnbevölkerung bei insgesamt knapp 82 Mio. Einwohner(inne)n und einer fast 50-jährigen Zuwanderungsgeschichte faktisch seit langem ein Einwanderungsland ist, wurde diese Erkenntnis bis 1998 zwar praktisch akzeptiert, politisch und juristisch aber appellativ dementiert.“ In: Butterwegge, C./ Hentges, G. (Hrsg.) (2003), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung/

Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, Opladen.

10 Anmerkung der Verfasser: Parallelen zur Bildungspolitik seien in diesem Rahmen nur deshalb kurz gestreift, weil auch die Nichtwahrnehmung von Migrantenkindern im bundesrepublikanischen Schulsystem als Bildungsressource über die vergangenen 30 Jahren heute als eine Art Bumerang schlecht ausgebildeter Kräfte für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zurückschlägt. Vgl. hierzu auch: Gomolla, M./Radtke, F.-O. (2002), Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen.

11 Vgl. hierzu: Klöck, T. (2001), Solidarität in der lokalen Ökonomie? S. 29: „Es gibt eine verwirrende Vielfalt von Begriffen: *Economie sociale*, soziale Ökonomie, lokale Ökonomie, moralische Ökonomie, solidarische Ökonomie, Gemeinwesenökonomie. Sie deuten auf isolierte Diskurse hin, auf verschiedene (Denk-)Traditionen in den Human-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und in der Entwicklungspolitik, Stadt- und Regionalentwicklung, auf ungleiche Rahmenbedingungen und Trägerkonstellationen in den Nationalstaaten und Regionen und auf unterschiedliche AkteurInnen und AdressatInnen vor Ort. Das erschwert die Verständigung.“ In: Sahle, R./Scurell, B. (Hrsg.) (2001), Lokale Ökonomien. Aufgaben und Chancen für die Soziale Arbeit, Freiburg im Breisgau.

12 Vgl. hierzu: Foertsch/Langschwager, www.Kleinstaedte.de/theorie

13 Vgl. hierzu: Idik, E./Schnetger, M. (2004), Barrieren einer geeigneten Förderstruktur, in: Hanesch, W./Krüger-Konrad, K. (Hrsg.) (2004), Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt, Wiesbaden, S. 163–183.

14 Özcan, V. (2004), Ausländische Selbstständige in Deutschland, in: Hanesch, W./Krüger-Konrad, K. (Hrsg.) (2004), Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die Soziale Stadt, Wiesbaden, S. 131–156.

15 Burgbacher, H. G. (2004), Migrantenunternehmen – Existenzgründung und -förderung am Beispiel Hamburgs, Münster, S. 8. Die Hamburger Studie zu Migrantenunternehmen und Existenzgründern aus den typischen Anwerbeländern stellt beispielsweise fest, dass sich das klischeehafte Bild von „Nischenökonomien“ seit langem gewandelt hat und eine erhebliche Ausweitung des Kundenkreises, der Unternehmensgrößen und des Tätigkeitsspektrums von zugewanderten Selbstständigen festzustellen ist. Wenngleich Einzelhandel und Dienstleistungen nach wie vor eine große Rolle spielen, ging es in dieser Untersuchung auch darum, Aktivitäten im Handwerk, Großhandel und verarbeitenden Gewerbe zu beobachten. Auch das Dienstleistungsspektrum ist, den Erkenntnissen der Studie folgend, nicht mehr auf Alernqualitäten wie z.B. Gebäudereinigung beschränkt, sondern scheint sich zunehmend aufzufächern, auch in die freien Berufe hinein.

ABONNEMENT

Sie möchten Soziale Stadt info abonnieren?

Schicken Sie uns eine E-Mail: **sozialestadt@difu.de**

oder ein Telefax: **030/39 001-269**

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an:
Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin.

Der Islam im Stadtteil – Chance oder Bedrohung?

Der Islam ist seit dem Gastarbeiterzu-
zug in den Sechzigerjahren ein fester
Bestandteil Deutschlands. Nach über
40 Jahren werden die ersten Mos-
cheen außerhalb der Hinterhöfe er-
richtet. Es stoßen hier tatsächlich vor-
dergründig „zwei Welten“ aufeinan-
der, was zu zahlreichen Konflikten im
Stadtteil führt. Angefangen mit Leser-
briefen und Artikeln in Regionalzei-
tungen zum „Ruf des Muezzin“
(Dietzsch u.a. 1997) über eine Bür-
gerinitiative gegen den Bau einer Mos-
chee im eigenen Stadtteil bis hin zu
gewalttätigen, möglicherweise rechts-
extrem motivierten Ausschreitungen
mit Todesfolge haben wir alles miter-
leben müssen.

Kurz gesagt: Für die Menschen im
Stadtteil scheint die Bedrohung durch
greifbare Symbole wie ein Minarett
auf einer Moschee näher zu liegen als
die Gefahr eines islamistischen Ter-
roranschlags. Die Ressentiments ha-
ben sich jedoch in Folge der Bericht-
erstattung über den 11. September
2001 noch weiter verfestigt (vgl. Bün-
ger 2002). Mit einer erfolgreichen In-
tegrationspolitik kann diesen jedoch
entgegengewirkt werden (vgl. hierzu
neben anderen Ansätzen auch Arslan/Jessen 2004).

Islam in Deutschland – „Deutscher Islam“

Mit 3,2 Mio. Menschen bildet die
muslimische Gemeinschaft die dritt-
größte Religionsgemeinschaft in
Deutschland (die größten muslimi-
schen Gruppen sind: rund 2,6 Millio-
nen Türkischstämmige, etwa 164 000
Bosnier, zirka 89 000 Iraner und rund
80 000 deutschstämmige Muslime).
Sie sind in etwa 2 200 Moscheevere-
inen organisiert.

Aufgrund spezifischer Verhaltenswei-
sen und Regeln, die sich in Deutsch-

land herausgebildet haben und noch
herausbilden werden, vertreten wir
die These, dass sich ein „deutscher Is-
lam“ etablieren wird. Obwohl nir-
gendwo auf der Welt und auch nicht
in Deutschland ein einheitlicher Islam
zu finden ist¹, können doch regionale
Besonderheiten festgestellt werden. In
jeder Region bilden sich unterschied-
liche islamische Verhaltensweisen
heraus, was selbstverständlich auch
mit den äußeren Umständen zusam-
menhängt, in denen sich (nicht nur)
die Muslime bewegen. Nicht jede
Vorschrift im Koran wird in jeder Re-
gion der Welt identisch interpretiert.
Ein „deutscher Islam“ muss sich letzt-
lich den hiesigen Gesetzen unterord-
nen und kann daher nicht dieselbe
Ausprägung wie z.B. im Iran erlan-
gen. Der „deutsche Islam“ könnte
sich am so genannten türkischen Is-
lam-Modell orientieren. Nach dem
türkischen Verfassungsprinzip des
Laizismus wird der Islam aus dem
Staatswesen komplett verbannt. In der
für Deutschland modifizierten Form
könnte es auf säkularer Grundlage
umgesetzt werden, das heißt, es exis-
tieren gleichberechtigt verschiedene
Religionen innerhalb des Staates, und
deren Belange werden in der Staats-
führung berücksichtigt (Religionsfrei-
heit). Für den Islam hieße dies, dass
die Religionsfreiheit dem Islam wie
anderen Religionen einen Raum im
Privaten gibt, der ebenso groß ist wie
derjenige der anderen Religionen. Auf
den Staat hat diese Form der Religi-
onsausübung keine Wirkung. Jeder
politische Islam wäre damit aus dem
Legalitätsfeld ausgeschlossen.

Chance oder Bedrohung – Ein Fazit

Innerhalb der aufnehmenden Bevöl-
kerung herrscht oftmals ein Bedroh-
theitsgefühl aufgrund der Fremdheit

der Religion. Dieses Unbehagen dem
„Fremden“ (vgl. Simmel 2001) ge-
genüber wird in der Regel an greifba-
ren Gegenständen festgemacht. Hier-
zu zählen auch bauliche Maßnahmen
wie die Errichtung einer Moschee,
möglicherweise mit Minarett, oder
eines islamischen Friedhofs.

Um diesem Bedrohtheitsgefühl entge-
genzuwirken ist es notwendig, in den
Dialog mit den muslimischen Ge-
meinden zu treten. Die Erfahrung be-
stätigt, dass beim Bau der Moscheen
durchaus eine Kompromissbereits-
chaft bei den Vertretern der Mos-
cheevereine zu finden ist. So ist zum
Beispiel ein Minarett zwar wün-
schenswert, aber nicht zwingend er-
forderlich, um einen sakralen Mos-
cheebau zu errichten. Viele jüngere
Moscheebauten in Deutschland be-
weisen, dass sich muslimische Sak-
ralarchitektur in die Mehrheitsgesell-
schaft einfügen kann, was nicht
zwingend bedeutet, dass jede Mos-
chee im modernen Stil gebaut wer-
den muss (siehe Merkez-Moschee in
Duisburg-Marxloh). Je nach ideologi-
scher Ausrichtung favorisieren die un-
terschiedlichen muslimischen Orga-
nisationen differierende Baustile (vgl.
Kraft 2002; Jessen/Küçük Hüseyin
2005).

Es kann als Chance für eine interkul-
turelle Öffnung der Gesellschaft ver-
standen werden, den Austausch mit
den Muslimen in Deutschland zu su-
chen. Auf der anderen Seite kann
durch den interreligiösen Dialog auch
die Etablierung eines „deutschen Is-
lams“ gefördert werden, der wieder-
um stark die muslimische Sakralarchi-
tektur in Deutschland beeinflussen
wird. Für den Islam im Quartier heißt
das, dass vor allem auf der Straße und
zwischen den religiösen Gemein-
schaften der Austausch ermöglicht

werden muss und geboten ist. Der Weg von der Hinterhofmoschee zum gleichberechtigten Gotteshaus, das im Quartier akzeptiert ist, muss geebnet werden, damit den Bedrohungsgefühlen der aufnehmenden Bevölkerung frühzeitig entgegengewirkt werden kann.

- Kontakt:
Bülent Arslan (Dipl.-Volkswirt),
Leiter des Institutes für interkulturelle
Management- und Politikberatung (imap)
mit Sitz in Düsseldorf

Frank Jessen (Dipl.-Soziologe),
Ressortleiter Interkulturelle Politik-
beratung am imap-institut
imap-institut
Benrodestraße 131, 40597 Düsseldorf
Telefon: 0211/836 892 0
Telefax: 0211/863 993 06
E-Mail: info@imap-institut.de

Anmerkungen

- 1 „Die beiden Hauptrichtungen Sunna und Schia sind (in Deutschland; BA/FJ) genauso vertreten wie die Sondergruppen der Aleviten und Ahmadis. Alle vier sunnitischen Rechtsschulen kommen vor. Es ist davon auszugehen, dass schätzungsweise 80 Prozent der Muslime Sunniten sind.“ (Lemmen 2005: 89)

Literatur

- Arslan, Bülent/Jessen, Frank (2004), Integration im Fokus der Städte und Gemeinden, in: Kösters, Winfried (Hrsg.), Erfolgreiche Integrationspolitik, H. 2–3, S. 1–26, Berlin.
- Bünger, Iris (2001), Apocalypse Now? Diskursanalytische Überlegungen zur Bild-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.9.2001, in: DISS-Journal, H. 9, Duisburg.
- Dietzsch, Martin/Jäger, Margret/Jäger, Siegfried/Schulz, Ulrike (Hrsg.) (1997), Der Ruf des Muezzin. Eine kommentierte Dokumentation des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg.
- Hanneman, Tilmann/Meier-Hüsing, Peter (Hrsg.) (2000), Deutscher Islam – Islam in Deutschland. Beiträge und Ergebnisse der 1. Bremer Islam-Woche, Bremen.
- Jessen, Frank/Küçüküseyin, Sevkett (2005), Türkische politische Organisationen in Deutschland, Berlin.
- Kraft, Sabine (2002), Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten, Münster.

Lemmen, Thomas (2005), Der Islam in Deutschland, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Konferenzberichte: Islam, Staat und moderne Gesellschaft in der Türkei und in Europa, S. 87–100, Berlin.

Veranstaltungshinweise Siehe auch S. 36

28.-29.9.2005, Berlin

Auftaktveranstaltung mit Ausstellung von Good-Practice-Beispielen „Ausbildung – Arbeit – Integration, Zukunftsperspektiven für junge Menschen“; Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit (BAG JSW); Veranstaltungsort: Bartholomäus-Kirche, Friedenstraße 1, 10249 Berlin; Info: Dr. Nicole Pötter/Marlies Berger, Telefon: 0228/95968-14/-18, Telefax: 0228/9596830, E-Mail: info@bag-jugendsozialarbeit.de

29.-30.9.2005, Frankfurt am Main

„Interkulturelle Themen im Team ‚dialogisch‘ besprechen – Einführung in das Dialogverfahren“; Zielgruppe: Multiplikatoren/Mitarbeiterinnen aus Eltern- und Familienbildungsstätten; Veranstalter: Paritätisches Bildungswerk; Veranstaltungsort: Haus der Parität, 60528 Frankfurt am Main; Info: Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main, Telefon: 069/6706220, Telefax: 069/6706203, E-Mail: pb.bv@paritaet.org

4.-5.10.2005, Hamburg

„Mitten am Rand. Migration und Partizipation im Stadtteil“; Veranstalter: Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.; Veranstaltungsort: Hamburg (verschiedene Orte); Info: Lena Blosat, Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V., Große Bergstraße 255, 22767 Hamburg, Telefon: 040/3589386, Telefax: 040/3589388, E-Mail: Lena.Blosat@ewnw-hamburg.de

6.-7.10.2005, Darmstadt

„Partizipation von Migranten-Communities in Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit“; Zielgruppe: Mitarbeiterschaft von Quartiersmanagements, aus Gemeinwesen- und Stadtteilprojekten, Akteure „Soziale Stadt“; Veranstalter: Evangelische Fachhochschule Darmstadt; Veranstaltungsort: Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt; Anmeldeschluss: 15.9.2005; Info: Gabriele Dierks, Interkulturelles Büro der Stadt Darmstadt, Telefon: 06151/1335-83, E-Mail: Gabriele.Dierks@darmstadt.de, Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Frau Völker, Telefon: 06151/8798-74, E-Mail: Voelker@efh-darmstadt.de

17.-18.10.2005, Berlin

„Sozialraumorientierte Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen“; Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten bundeszentralen Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe; Veranstalter: Regiestelle E&C der Stiftung SPI; Veranstaltungsort: Berlin; Info: Stiftung SPI, Regiestelle E&C, Nazarethkirchstraße 51, 13347 Berlin, Telefon: 030/457986-0, Telefax: 030/457986-50, E-Mail: regiestelle@eundc.de

25.-26.10.2005, Frankfurt am Main

„Einfach oder einfach anders? Mit ausländischen Eltern behinderter Kinder arbeiten“; Zielgruppe: Multiplikatoren/Mitarbeiterinnen aus Eltern- und Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Behinderten- und Migrantenselbstorganisationen; Veranstalter: Paritätisches Bildungswerk; Veranstaltungsort: Haus der Parität, Frankfurt am Main; Info: Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Telefon: 069/6706220, Telefax: 069/6706203, E-Mail: pb.bv@paritaet.org

2.11.2005, Gelnhausen

Informationsveranstaltung zur Fortbildung „Gemeinwesenarbeit und Quartiermanagement in der Sozialen Stadt“. Interdisziplinäre Fortbildung für Quartiersakteure zur Aktivierung von Nachbarschaften und Projektentwicklung vor Ort“; Zielgruppe: unmittelbar in Stadtteilen tätige Akteure im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“, Quartiermanagements, im Rahmen des angestrebten Kooperationsansatzes von Stadtteilmanagement alle Berufsgruppen, die „vor Ort“ tätig sind, darüber hinaus alle in Gemeinwesen- und Stadtteilprojekten Tätigen; Veranstalter: Burckhardthaus, BundesArbeitsGemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.; Veranstaltungsort: Burckhardthaus, Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen; Info: Burckhardthaus, Telefon: 06051/89-0, Telefax: 06051/89-240, E-Mail: Zentrale@burckhardthaus.de

„Multikulti ist verantwortungslos“

Die Menschenrechtsaktivistin Seyran Ates, 41, fordert eine Verschärfung des Strafrechts, um türkische Einwanderinnen vor Gewalt und so genannten Ehrenmorden zu schützen: „Die Linken und Liberalen sind immer nur ratlos und veranstalten Tagungen und suchen den Konsens – das ist zu wenig.“

Interview Jan Feddersen, taz

taz: Frau Ates, glauben Sie an Gott?

Seyran Ates: Ja. Weshalb fragen Sie?

Weil es aus islamischen Kreisen heißt, Sie seien eine Nestbeschmutzerin, fern von Gott.

Typisch: nur weil ich den Multikultifrieden nicht einhalten will.

Was haben Sie gegen Multikulti?

Oberflächlich gesehen nichts. Ein schönes Wort. Aber ein Deckmantel für eine Ideologie, die nicht hinguken will.

Worauf denn?

Wie es in den türkischen Communities – und über die kann ich hauptsächlich sprechen – wirklich aussieht.

Was sehen Sie, was andere nicht sehen können oder wollen?

Dass die Idylle trügt. Dass in Berlin, in Kreuzberg zum Beispiel, das Bunte nur von den Deutschen kommt – nicht von den Türken selbst. Die türkische Kultur dort ist grau.

Der Karneval der Kulturen

ist eine deutsche Fiktion.

Wie bitte?

Niemand schaut nach oben. Die Häuser hoch. Dort sieht man die Frauen, die auf keinen Fall mitmachen dürfen, die gucken hinter ihren Gardinen zu. Frauen, die manchmal nicht mal wissen, wo sie sind – sie sind eingesperrt.

Warum meiden sie das pralle Leben?

Sie sind ja zwangsverheiratet worden und wissen genau, dass sie ihr Leben gefährden, wenn sie sich nicht an das halten, was ihre Familie ihnen als Pflicht aufgibt: sie dürfen nicht auf die Straße.

Was heißt Pflicht in erster Linie?

Dem Manne zu gehorchen, ihm eine gute Ehefrau zu sein und die Kinder großzuziehen. Das sind Sklavinnen auf dem muslimischen Ehemarkt.

Aber man sieht doch viele junge Frauen mit türkischer Herkunft, die in Berlin leben, wie sie möchten.

Klar gibt es die. Frauen wie Hatun Sürüncü. Die ihre Familien verlassen müssen, um ihr Leben zu leben. Selbstbestimmt. Hatun hat das ihr Leben gekostet – hingerichtet von ihren Brüdern, weil sie sich dem Zwang ihrer türkischen Familie verweigerte.

Sie habe gelebt „wie eine Deutsche“.

Richtig – und an dieser Wendung kann man gut ablesen, wie lächerlich in der türkischen Community die Idee von Multikulti selbst gehalten wird. Man nimmt die deutschen zivilgesellschaftlichen Standards einfach nicht ernst.

Fühlen auch Sie sich bedroht?

Natürlich. Jede Frau im Westen, die sich den Wünschen ihrer Familie verweigert, ist bedroht. Sie muss immer aufpassen. Unerträglich, aber so ist es.

Kritik an ultrapatriarchalen Lebensverhältnissen in Einwandererkreisen wird von Linken nicht gern geäußert, man fürchtet, als rassistisch zu gelten.

Toll, ganz toll. Dass die Deutschen die Weltmeister sind, wenn es darum geht, bloß nicht als Rassisten zu gelten. Ehrenmorde zu kritisieren, sie zu ächten und das Strafrecht zu ändern, hat nichts, gar nichts mit Rassismus zu tun. Die Leidtragenden dieser besonderen Empfindsamkeit der Gut-

menschen gerade dem Islam gegenüber sind wir Frauen.

Muslimen gewogene Ethnologen meinen, Ehrenmorde hätten mit dem Islam weniger, mehr aber mit patriarchalen Verhältnissen zu tun.

Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Nur Multikultifanatiker finden diese Differenz interessant – um abzulenken, dass es jede Menge Probleme gibt.

Vor allem durch die Männer?

Keineswegs. Es gibt auch unter türkischen Frauen viele, die missgünstig sind auf andere türkische Frauen, die, wie hieß das?, „wie eine Deutsche leben“. Als ich in der Schule gut war, meinten Verwandte, na, das geht doch nicht gut. Haben meinen Eltern gesagt, eine höhere Schule bräuchte ich nicht.

Dennoch haben Sie mit Ihrer Familie gebrochen, um Ihren Weg gehen zu können – Autorin, Expertin in Fragen muslimischer Integration, heimliche Heldin vieler türkischer Frauen.

Ich *musste* mich von meiner Familie verabschieden, es ging nicht anders.

Heute passen Ihre Eltern mit auf Ihre kleine Tochter Zoe Sultan auf.

Wir verstehen uns wieder gut, wie eine Familie eben. Ich bin einfach ihr Kind – und sie lieben und verstehen mich. Sie, nein, wir haben gelernt, dass ein Leben „wie eine Deutsche“ sie nicht um ihre Tochter bringt.

Gibt es nicht auch andere Wege für türkische Frauen in Deutschland, sich zu emanzipieren?

Meine Erfahrung spricht dagegen. Sie müssen den Bruch schaffen – sonst nimmt man sie nicht ernst. Und erst, wenn man sie ernst nimmt, kann man sich auch wieder nähern.

Sie fordern neue Gesetze in Sachen Zwangsverheiratung. Den Grünen war es unbehaglich – als sollten Muslime kriminalisiert werden.

Die haben eine unheimliche Angst, kulturelle Minderheiten an den

Grundrechten zu messen. Das hat mich besonders geärgert – wo die Grünen sich immer so hübsch zugute halten, es mit den Menschenrechten ganz genau zu nehmen. Sind Frauenrechte keine Menschenrechte? Zwangsheiraten sind keine Bagatellen. Ich bin tatsächlich dafür, die Gesetze so zu verschärfen, dass sie Frauen schützen – und den Männern zu signalisieren, dass ihr Ehrenkodex vor deutschen Gerichten nicht zählt.

Ehrenmord ist vor deutschen Gerichten schon als Totschlag bestraft worden, weil dem Täter seine kulturelle Prägung angerechnet wurde.

Vielen Dank für dieses besonders beeindruckende Signal für türkische Frauen in Deutschland. Mit kultureller Prägung – als ob die sich nicht auch ändern könnte – hat das nichts zu tun. Ehrenmorde an Frauen sind oft genau kalkuliert worden. Das war kein Trieb, der zwanghaft gelebt werden musste. Das war eine harte, eine mörderische Strafe. Und so muss diese Tat auch geahndet werden.

Manche Familien beauftragen mit einem Ehrenmord den jüngsten Sohn, damit er, wenn überhaupt, nach dem Jugendstrafrecht angeklagt wird.

Was für mich ein weiteres Indiz für die genaue Planung des Verbrechens ist. Eine Frage der Ehre, eine der Kultur? Für mich sind das fürchterliche Ausreden, die von den Gutmenschen gern geglaubt werden. Ich bin dafür, das Jugendstrafrecht so zu verschärfen, dass der Trick, die Jüngsten für eine Mordtat auszusuchen, nicht mehr verfährt.

Im kanadischen Toronto wird ernsthaft debattiert, in muslimisch geprägten Vierteln wenigstens im Zivilrecht die Scharia einzuführen.

Wenn es so wäre, könnte ich keiner Frau empfehlen, dort zu leben. Das wäre eine Bankrotterklärung der Zivilgesellschaft. Was das hieße: Züchtigung, Todesstrafe, Prügel, Entrechtung. Grauensvoll.

Debatten in deutschen Schulen scheinen dieser Tendenz verwandt: Wenn muslimische Mädchen nicht

zu Klassenfahrten, nicht am Sportunterricht oder am Sexualkundeunterricht teilnehmen dürfen.

Das sehe ich mit traurigen Augen. Was mich aber empört, ist, dass es nur die Mädchen trifft. Um die muslimischen Jungs geht es nie – immer nur um die Keuschheit der Mädchen. Gerade sie brauchen Wissen um Sexualität. Viele Mädchen müssen sich doch auf Analverkehr mit Jungs einlassen – weil dies die beste Verhütungsmethode ist.

Ist ja auch für die Jungs ein rüdes Sexualleben.

Die spielen doch die andere Seite dieser Tragödie. Sie lernen von anderen Männern, dass Sexualität nur mit Gewalt zu haben ist – das ist für sie und für ihre Frauen eine Katastrophe.

Gibt es nicht auch familiär beschlossene Ehen, die glücklich sein können?

Gegenfrage: Wie sehr muss sich eine Frau auf die Möglichkeit eines Zufalls einlassen? Viele Frauen hören doch in der Hochzeitsnacht, mach einfach die Augen zu und lass es geschehen. Das ist mein Blick auf die Dinge, der in der Bequemlichkeit der Multikulti-Leute nicht vorkommt. Ein Blick, der stört, der den Faulen und Bequemen unter den Linken nicht passt.

Weshalb empfinden Sie sie als faul?

Weil sie sich auf dem guten Gewissen ausruhen, irgendwie nicht rassistisch zu sein. Sie trinken Prosecco und kaufen gesunde Lebensmittel aus allen Ländern – und fühlen sich ziemlich gut. Mir kommt Multikulti wie organisierte Verantwortungslosigkeit vor.

Man will sich eben in andere Kulturen nicht einmischen.

Warum nicht? Wir leben in *einem* Land. Es ist ein oft tödlicher Fehler, zu schweigen. Warum fordern deutsche Eltern türkische Eltern nicht auf, ihre Töchter auf Klassenreise mitfahren zu lassen? Wir sind *eine* Gesellschaft, nicht eine Ansammlung von vielen.

In Dänemark hat die rechtskonservative Regierung eine Regelung durchgesetzt, dass nur ins Land darf, wer

sich der dänischen Kultur unterwirft – Zwangsheirat fast ausgeschlossen.

Klingt nicht schlecht.

Aber das ist ein Werk von Konservativen, von Rechten.

Na und? Dann ist es das eben. Konservativ muss ja nicht illiberal sein. Und immerhin ist das ein Vorschlag, um den Import von Frauen ohne Rechte zu verhindern. Die Linken und Liberalen und Feministinnen sind immer nur ratlos und veranstalten Tagungen und suchen den Konsens – das ist zu wenig.

Kein Wunder, dass Sie gerade denen als Zumutung gelten.

Damit kann ich leben. 1984, nach dem Attentat auf den Frauenladen, in dem ich gearbeitet habe, hieß es auch schon, dass Frauen wie ich der türkischen Gesellschaft zu weit gegangen wären.

Wie sehen Sie sich selbst?

Eine Frau, die genau in die Nester guckt, die Schmutz enthalten. Das ist mein Job.

Ihr Lebensgefühl?

Ich bin öfter als früher erschöpft. Und ich habe auch Angst. Das ist beunruhigend für mich und meine Familie.

Was sagt Ihr Gott zu dem Leben, das Sie leben?

Der ist mit mir auf meinem Weg.

■ taz Nr. 7602 vom 28.2.2005, Seite 13

Anmerkungen zu S. 20 und 21

- 1 12,2 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler machen in Berlin Abitur, aber 33,4 Prozent der deutschen. Quelle: Datenreport „Integration und Migration in Berlin“, April 2005, www.berlin.de/auslb.
- 2 Dies haben zuletzt auch die Ergebnisse des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ der Bertelsmann Stiftung bestätigt. Siehe auch Projekt-Webseite www.erfolgreiche-integration.de und Pröhl/Hartmann, „Interkulturelle Stadtpolitik, Handlungsansätze und gute Beispiele“, in: E&C-Journal Nr. 10 vom 16.05.2003, www.eundc.de.

Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in stadtteilbezogene Handlungsstrategien

Aufgrund von Zuwanderung, vor allem aber aufgrund von Effekten der Bevölkerungsentwicklung ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine bedeutende strategische Zukunftsaufgabe, die zentral verantwortet, aber lokal gelöst werden muss. Stadtteile und Regionen, in denen sich bestimmte ethnische Gruppen konzentrieren, erbringen große Integrationsleistungen für die Gesellschaft. Migration ist kein zeitlich befristetes Phänomen und auch kein randständiges Thema bestimmter „Problemgruppen“, sondern berührt zahlreiche Politikfelder. Städtische Integrationspolitik muss deshalb als kommunale Querschnittsaufgabe angesehen werden und unterschiedliche Akteure einbinden.

Zentrale Rolle der Bildung

Ohne Teilhabe an der Sprache einer Gesellschaft und ohne gerechte Bildungschancen gibt es keine berufliche Integration, die der Schlüssel zur sozialen Integration ist. Bildung ist nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern beeinflusst auch andere Aspekte der Lebenslagen, wie z.B. die soziale Teilhabe, und wirkt so als ein bestimmender Faktor der Lebensbewältigung. Der Bildungs- und Ausbildungsgrad liegt bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund immer noch weit unter dem von Kindern und Jugendlichen deutscher Herkunft. Junge Zugewanderte sind an Gymnasien unterrepräsentiert¹. Bei der Vergabe von Lehrstellen werden deutsche Jugendliche bevorzugt. Neben der Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft, „Teilhabechancen“ am Bildungssystem, Arbeits- und Wohnungsmarkt usw. zu gewähren sowie

Kontakte und Mitwirkung im öffentlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen und zu fördern, hat die Migrationsforschung weitere Bedingungen für einen positiven Verlauf und Ausgang von Integrationschancen benannt. Auch individuelle Voraussetzungen und Ressourcen der Einwanderer sind für die Integration von großer Bedeutung. Hierzu zählen Sprachkompetenz, Bildungshintergrund, Familiensituation, das Alter bei der Einreise, die Aufenthaltsdauer im Zuwanderungsland sowie Netzwerke innerhalb der eigenen und zu anderen ethnischen Gruppen.

Integration ist ohne Beteiligung nicht zu haben

Unter Einbeziehung des Aspekts der sozialräumlichen Konzentration von Benachteiligungslagen, wie sie das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berücksichtigt, ist es deshalb für die soziale Integration notwendig, den Dialog und die Beteiligung aller relevanten Gruppen und Einrichtungen einschließlich der Sozialpartner, der Nicht-Regierungsorganisationen und der Anbieter sozialer Dienstleistungen sowie die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Viele Migrantenorganisationen nehmen eine Vermittlerrolle zwischen den Zugewanderten und der deutschen Wohnerschaft wahr und üben eine wichtige Integrationsfunktion aus. Auf kommunaler und lokaler Ebene gibt es immer mehr Beispiele erfolgreicher Kooperation von Verwaltungen, Bildungsträgern und sozialer Arbeit mit Migrantenorganisatio-

nen, wie z.B. im Bildungs- und Ausbildungsbereich, bei der Gesundheitsförderung oder der Sprachförderung.

Beispiele guter Praxis

Wie es gelingt, Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen in eine stadtteilbezogene Integrationspolitik einzubeziehen, zeigen partizipativ ausgerichtete und nachhaltig wirkende Beispiele aus der Praxis in den Gebieten der Sozialen Stadt/E&C. Die letzte E&C-Zielgruppenkonferenz für Quartiersmanagements „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien“ hat dazu im Mai 2005 in Berlin Konzepte und Formen der Vernetzung von Migrantenorganisationen mit der Kommunalverwaltung und den sozialen Diensten vorgestellt. Diskutiert wurden Strategien eines interkulturellen Quartiersmanagements, die sicherstellen, dass Integrationspolitiken nicht „für“, sondern „mit“ Migrantinnen und Migranten erfolgen und Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen einbinden. Folgende Beispiele guter Praxis wurden unter anderen dort vorgestellt:

- Das Berufliche Qualifizierungsnetzwerk (BQN) für Migrantinnen und Migranten Essen war die erste von bundesweit neun weiteren Einrichtungen, die – getragen von der Kreishandwerkerschaft und der IHK Essen und gefördert aus Mitteln des Bundesforschungsministeriums und des Europäischen Sozialfonds – zum Ziel hat, die Zugänge von Migrantinnen und Migranten zur beruflichen Bildung zu fördern und eine qualitative Weiterentwicklung von Beratungsstrukturen zu leisten. Dies geschieht zusammen mit dem Ver-

bund Essener Immigrantenvereine als einem wichtigen Netzwerkpartner. Zentral dabei ist der Aufbau eines nachhaltigen lokalen und regionalen Netzwerks, unter anderem unter Beteiligung aller Akteure im Bereich berufliche Bildung und Arbeit sowie der Migrantenselbstorganisationen.

Die Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen wird dabei sowohl auf operativer als auch auf strategischer Ebene umgesetzt. Angebote und Kooperationsformen werden gemeinsam gestaltet und nicht einfach ein bereits bestehendes Konzept übertragen. Die aktive Suche nach Kontakten zu verschiedenen Migrantenvereinen und -organisationen gehört ebenso dazu wie z.B. die Vorstellung des Projektes im städtischen Integrationsbeirat, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Eltern-Empowerment und die Einbeziehung der Erfahrungen junger Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang Schule-Beruf. Viele Eltern und Jugendliche mit Migrationshintergrund – gleich welcher Religion, Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit – lassen sich nur erreichen, indem die politische und religiöse Neutralität des BQN-Teams verdeutlicht wird.

- Die Zusammenarbeit mit Moscheen und islamischen Vereinen steht im Mittelpunkt des lokalen Dialogs im Quartier Soldiner Straße in Berlin-Wedding. Das Quartiersmanagement setzt dabei erfolgreich den Ansatz um, die sieben Moscheen und Migrantenvereine im Quartier als Orte der Bewohnerschaft zu erreichen, sie für eine Beteiligung an Veranstaltungen, Aktionen, Festen und zur Mitwirkung in den Gremien des Quartiersmanagements zu gewinnen. Dies trifft sich mit dem Interesse der Moscheen an einer Unterstützung bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der Organisation von Veranstaltungen sowie beim

Zugang zu Informationen und Kontakten über die Stadtteilarbeit. Vernetzungs- und Dialogebenen sind so auf institutioneller Ebene von Moscheen zu Kirchen, Schulen, Verwaltung sowie zu anderen Moscheen und Migrantenvereinen entstanden.

- Erfahrungen mit der Partizipation von Migranten und ihren Organisationen im Stadtteil, wie sie vom Interkulturellen Büro der Stadt Darmstadt vorgestellt wurden, werfen die Frage auf, wann überhaupt von einer *erfolgreichen* Partizipation im Quartier gesprochen werden kann: Wenn Personen mit Migrationshintergrund und Sprachkenntnissen, aber ohne Kontakte zu den Migrantengruppen im Quartier in den Arbeitsgruppen vertreten sind? Oder wenn einzelne Migrantengruppen im Stadtteil Mittel für ihre Aktivitäten zur Verfügung gestellt bekommen (und dies etwa losgelöst von der übrigen Stadtteilarbeit geschieht)? Erkenntnisse aus Darmstadt sprechen für eine gleichwertige Einbeziehung von Migranten unter Berücksichtigung von Besonderheiten, in der Art etwa eines „Migration-Mainstreamings“ für die Belange von Zugewanderten wie Einheimischen gleichermaßen. In Darmstadt hat man hier gute Erfahrungen mit einer Art Stufenmodell gemacht, das eine parallele und vernetzte Arbeitsstruktur zur Beteiligung auf Stadtteilbene Schritt für Schritt weiter entwickeln hilft. Das Vorhandensein räumlicher Voraussetzungen im Stadtteil, Projekte institutioneller Öffnung, Angebote zur Kompetenzerweiterung für Einheimische und Zugewanderte – z.B. Qualifizierung der Bewohnerinnen und Bewohner für ein kooperatives Miteinander – sowie die Rolle des Interkulturellen Büros der Stadt Darmstadt, das als Integrationsfachstelle und besondere

intermediäre Instanz agiert, flankieren diesen Ansatz.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass viele der bestehenden Ansätze zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten in stadtteilbezogene Handlungsstrategien mit ehrenamtlichen „Brückenpersonen“ – z.B. „Integrationsassistenten/innen“, „Elternbegleiter/innen“ oder „Gesprächsleiter/innen“ – arbeiten, die über einen Migrationshintergrund verfügen. Allen Ansätzen ist zudem eigen, dass sie mit einem hohen Differenzierungsgrad ortsgebundener Strukturen arbeiten. Das bedeutet, dass sie ausgehend von der Beobachtung der konkreten Situation im lokalen Nahraum interessengeleitete Handlungslinien entwickeln, Partner suchen und die Stärken des Stadtteils gemeinsam mit allen Bewohnergruppen immer wieder betonen. Sie erkennen Differenzen an und machen kulturelle Vielfalt sichtbar, versuchen sie positiv zu besetzen. Sie stellen die Ressourcen und Potenziale des Stadtteils in den Mittelpunkt, ohne die Schwächen zu verdrängen, die sie in der Stadtteilöffentlichkeit zur Diskussion stellen. Hinzukommen muss schließlich eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Hier sind viele Kommunen in Deutschland derzeit auf dem Weg einer konzeptionellen Bündelung ihrer Aktivitäten: weg von Einzelmaßnahmen, hin zu einer gesamstädtischen Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe².

Anmerkungen: siehe Seite 19

- Kontakt:
Heike Riesling-Schärfe
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Nazarethkirchstr. 51, 13347 Berlin
Telefon: 030/4578860
Telefax: 030/45798650
E-Mail: riesling-schaerfe@eundc.de

Ergebnisse des Wettbewerbs „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“

Reformimpuls für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit im kommunalen Integrationsprozess

Wie erfolgreich Integrationspolitik ist und welche Probleme sie zu überwinden hat, zeigt sich konkret in den Städten und Kreisen, und dort besonders in den Stadtteilen. Hier liegen einige der Schlüssel für eine erfolgreiche Integrationspolitik, beispielsweise die Beteiligung von Migrantenorganisationen oder die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement. Daher untersuchte der bundesweite Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“, den die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) durchgeführt hat, die Strategien der Kommunen inklusive ihrer Ansätze auf Stadtteilebene. Auf diese Weise entstand eine einzigartige Bestandsaufnahme der Integrationspolitik in den 107 Kommunen, die sich am Wettbewerb beteiligten.

Dessen Ergebnisse liegen nun vor. Die elfköpfige Jury unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Dr. Lale Akgün ermittelte die Preisträger, die auf der Abschlussveranstaltung am 13. Juni in Berlin ausgezeichnet wurden. Prämiert wurden die Städte Stuttgart und Solingen, der hessische Landkreis Hersfeld-Rotenburg sowie die Gemeinde Belm in Niedersachsen. Die Bertelsmann Stiftung und das BMI haben in Zusammenarbeit mit renommierten Experten aus Wissenschaft und Praxis Qualitätskriterien entwickelt, die dem Fragebogen der Wettbewerbsausschreibung zugrunde lagen. In vier Bereichen wurden die Kommunen um ihre Beiträge gebeten:

1. Führen Integrationsmaßnahmen der Kommunen zum Erfolg?

Die Städte und Kreise hatten Gelegenheit, aus ihrer Sicht die Erfolge ihrer bisherigen Integrationspolitik darzustellen. Hier hatten die meisten Kommunen Schwierigkeiten, Erfolge anhand messbarer Fakten auszuweisen. Das ist einerseits verständlich, da sich Entwicklungen und Erfolge nicht immer quantifizieren lassen. Andererseits wäre jedoch ein Umdenken wünschenswert: Klappern gehört zum Handwerk.

2. Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe

Integrationspolitik muss heraus aus der Nische. Sie ist als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe anzugehen. So überzeugte die Großstadt Stuttgart die Jury mit einem zukunftsorientierten Gesamtkonzept, das Integrationspolitik als Standortfaktor für internationale Unternehmen begreift. Oberbürgermeister Wolfgang Schuster hat das Thema selbst zur Chefsache erklärt. Er setzt vor dem Hintergrund des absehbaren Fachkräftemangels aufgrund des demographischen Wandels auf die Potenziale der Zuwanderer, die bereits von Kindheit an durch Sprachförderung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Bremen als alte Hansestadt sieht Zuwanderung ebenfalls als Chance an. Das attraktive Konzept der Stadt enthält unter anderem Ziele, Handlungsschwerpunkte und systematische Maßnahmen. Die Umsetzung des

Konzeptes wird hier regelmäßig anhand eines Berichtes überprüft und evaluiert. Bremens Erster Bürgermeister Henning Scherf kümmert sich gleichfalls persönlich um die Integrationspolitik. Er initiierte etwa einen erfolgreichen interreligiösen Dialog zwischen christlichen, muslimischen und jüdischen Gemeinden. Solingen erhält den Preis für sein interkulturelles Gesamtkonzept, das auf eine aktive Beteiligung der Zuwanderer setzt.

Als Schlüsselfrage erweist sich zudem, ob Zuwandererorganisationen an den Integrationsbemühungen beteiligt sind. Die Gemeinde Belm im Landkreis Osnabrück sieht sich seit Mitte der 1990er-Jahre einem starken Zuzug von Spätaussiedlern gegenüber. Sie setzt vor allem auf aktive Bürgerbeteiligung in den Wohngebieten im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Runde Tische werden hier beispielsweise direkt vor der Haustür unter freiem Himmel abgehalten. Die hier genannten Städte und Gemeinden haben ohne Ausnahme konkrete Ansätze und Projekte auf Stadtteilebene in ihr Handlungskonzept integriert.

3. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Wie können Kommunen zum einen ihre Verwaltung für Zuwanderer kundenfreundlicher gestalten und zum anderen für einen höheren Migrantenanteil unter der Mitarbeiterschaft in der Verwaltung sorgen? Zwar handelt es sich um ein schwieriges Feld für Kommunen, da sie fast ausnahmslos unter Einstellungsstopps und

Haushaltszwängen leiden. Doch auch hier gibt es kreative und erfolgreiche Ansätze.

Im Kreis Hersfeld-Rotenburg wurden über einen Umweg Sachmittel in Personalmittel umgewidmet, um Zuwanderer einzustellen. In Wuppertal und Bremen werden jugendliche Zuwanderer gezielt angesprochen, um sie zu motivieren, sich um einen Ausbildungsplatz zu bewerben. Außerdem gehören interkulturelle Fortbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie fremdsprachige Publikationen zum Repertoire vieler Wettbewerbskommunen.

4. Evaluation und Controlling

Für Kommunen gewinnen Evaluation und Controlling an Bedeutung, um nachzuweisen, ob Integrationsbemühungen zum Erfolg führen. Hier glänzen einige wenige Kommunen wie Wiesbaden bereits durch strukturierte Verfahren. Allerdings gibt es im Allgemeinen noch erhebliche Defizite bei der Arbeit anhand von Indikatoren, nicht zuletzt auf Stadtteilebene.

Fazit:

Ein Paradigmenwechsel hin zu partizipativer, ressortübergreifender Integrationspolitik

Viele Kommunen haben sich von der früheren „Ausländerpolitik“ als Nischenthema einiger sozial engagierter „Ausländerbeauftragten“ verabschiedet und begreifen Integrationspolitik als gesamtstädtische, partizipativ und strategisch anzugehende Herausforderung. In dieser Hinsicht zeigt der Wettbewerb, dass in den meisten beteiligten Städten und Kreisen seit etwa vier bis sechs Jahren umgedacht wird. Dies fällt nicht zufällig zusammen mit dem Paradigmenwechsel, dass Deutschland sich erst seit dem Bericht der Zuwanderungs-Kommission und der Umstellung des Staatsbürgerschaftsrechtes als Einwanderungsland begreift. Immer stärker kristallisiert sich zudem heraus, dass Sprachförderung und damit auch Bildungsfragen

insgesamt eine Schlüsselrolle spielen. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die Beteiligung der Zuwanderer im Sinne von Partizipation und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Erfahrungen einzelner Kommunen zeigen: Das Einbinden von Zuwanderern fördert ihre Integrationsbereitschaft.

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden Ende des Jahres in einer Best Practice-Publikation veröffentlicht.

- Claudia Walther/Alexander Thamm
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon: 05241/818 15 63
Telefax: 05241/818 19 92
E-Mail: claudia.walther@bertelsmann.de
alexander.thamm@bertelsmann.de

Weitere Information:

www.erfolgreiche-integration.de
www.bertelsmann-stiftung.de





„Soziale Stadt – meine Sicht“

Im Quartiersmanagement-Gebiet Rollberg – 29 Hektar, 5 600 Einwohner, 30 Nationalitäten, 50 Prozent der Bewohner sind deutscher Herkunft, fast 100 Prozent sozialer Wohnungsbau – dominieren als Migrantengruppen türkische und arabische Familien. Letztere sind überwiegend libanesische Großfamilien palästinensischer Herkunft. Türkische und arabische Migranten bilden rund 40 Prozent der Bevölkerung der Siedlung und prägen entscheidend mein Tageschäft als Quartiersmanager.

Von den vielen möglichen Themen für diesen Beitrag habe ich drei ausgesucht, die mir besonders am Herzen liegen.

1. Politiker aller Parteien, investiert massiv in Bildung!

Viele Migranten der Rollbergsiedlung stammen aus bildungsfernen Schichten; für sie stellt Bildung fast keinen Wert dar. Dem zahlreichen Nachwuchs dieser Familien ist in einer Wissensgesellschaft die Dauerarbeitslosigkeit somit gewissermaßen in die Wiege gelegt. Bildung allein kann Integrationshemmnisse, wie das übermächtige Patriarchat, altertümliche religiöse Bräuche und Aberglaube sowie die totalitäre Macht der Familie, meist des Familienoberhauptes, über den Einzelnen, überwinden helfen. Nur Bildungsanstrengungen vom Kindergarten an können lebenslange

Ausgrenzung verhindern sowie islamistische Rückzugstendenzen eindämmen.

In vielen Familien muss bei der Bildung, aber auch bei dem von unserer Gesellschaft erwarteten sozialen Verhalten bei Null angefangen werden. Viele der Migrantenfamilien im Rollbergviertel brachten aus dem palästinensischen Flüchtlingslager oder dem ostanatolischen Dorf kein hohes Bildungsniveau mit. Eine Abwärtsspirale ist gegenwärtig zu beobachten, die im Zusammenhang mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit unter den mehrheitlich türkischen Migranten steht. Auch der anhaltende Trend bei vielen türkischen und arabischen Männern, Ehefrauen aus den Heimatdörfern zu „importieren“, sowie der fatale Einfluss der heimatlichen Satelliten-TV-Programme verlangsamen den Spracherwerb erheblich – und somit auch Bildung und Integration.

Unter den örtlichen Gegebenheiten (chronischer Geldmangel, Fehlen von Fachkräften, hohe Stressbelastung) stellen sich die Bildungseinrichtungen mutig diesen Herausforderungen, mit unterschiedlichem Erfolg. Das Programm Soziale Stadt unterstützt sie mit Pilotprojekten. Im Rollbergviertel wird Sprachförderung in der Kita angeboten, finden Kunstprojekte und Aktivitäten statt, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau fördern sollen. Eine „Schule der Eltern“ will den Eltern ihre Rolle während der schulischen Ausbildung ihrer Kinder vermitteln. Daneben wird eine Schülerhilfe mit Ehrenamtlichen aus ganz Berlin aufgebaut. Diese Aktivitäten wirken dennoch wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Auf lokaler Ebene kann

nur „gebastelt“ werden, und die in der Theorie so hoch gepriesene „Verstetigung“ durch die Akteure lässt auf sich warten. Deren Frustration und Demotivation sind groß, weil die Dimension der gesellschaftlichen Probleme sie häufig überfordert. Wer als politischer Entscheidungsträger auf diesem Gebiet spart, spart am falschen Ende und setzt die Zukunft unserer Gesellschaft aufs Spiel.

2. Schluss mit den falschen Islam-Debatten!

Viele Auseinandersetzungen im Rollbergviertel werden von erhitzten Diskussionen zum Islam überschattet. Entgegen der üblichen Meinung behaupte ich, dass der Islam *keine* Hürde für die Integration darstellt. Eine Hürde ist vielmehr die Art und Weise, wie die Religion von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe konservativer Muslime skrupellos instrumentalisiert wird, um ihre Macht über andere, eingeschüchterte und oft wenig gebildete Glaubensbrüder zu sichern. Immer wieder heizen „Fundis“, aber auch „Gutmenschen“ der Mehrheitsgesellschaft eine sterile Islam-Debatte an, die auf viele gemäßigte Muslime verletzend wirkt, polarisiert und letztlich zur Verhärtung der Positionen führt. Sie lenkt von wichtigen Problemstellungen ab. Hierzu zählen die Suche nach neuen Rollenmustern für junge muslimische Männer, die Befreiung vom bleiernen Patriarchat und



Die Schülerhilfe: Konkretes ehrenamtliches Engagement der deutschen Mittelschicht zahlt sich langfristig aus. Foto: Quartiersbüro Rollberg

von archaischen Bräuchen sowie Aberglaube. Letztere ersticken jede Integrationsabsicht im Keim.

Die „Macht der Moscheen“ erfolgt auf subtile Art und Weise. Schleichend unterdrückt sie moderate Muslime, die sich mit diesen Fragen auseinander setzen. Dies wird von der „westlichen Welt“ kaum wahrgenommen. Ein großer Fehler!

Als Quartiersmanager fehlen uns häufig zuverlässige Informationen über Vereine und Moscheen. Es dominiert Misstrauen auf beiden Seiten. Hier sind Akteure wie Migrationsbeauftragte und -beiräte, die Polizei, aber auch die Vereine und alle Muslime gefordert, für mehr Transparenz zu sorgen. Denn ohne gegenseitiges Vertrauen und mit falschen Debatten werden keine Fortschritte bei der Integration gemacht.

3. Deutsche Entscheidungsträger, gebt Vorbildern echte Chancen!

Erstaunlicherweise wird in der Integrationsdebatte folgende Frage selten gestellt: Was bringt heute den Migranten die „Integration“ (so vage und dehnbar der Begriff auch ist)? Für Bevölkerungsgruppen und Familien, die oft nach vorindustriellen Denkmustern agieren, muss sie kurzfristig einen handfesten Vorteil versprechen. Sonst ist sie wertlos.

Nach wie vor sind Arbeit und Wohlstand der Schlüssel zur Integration. Im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit ist es umso wichtiger, Vorbilder zu identifizieren und vor Ort, wo sie bekannt sind, zu fördern. Dass ein junger Deutscher palästinensischer Herkunft mit einer unüblichen Berufsbiographie im Nachbarschaftsheim des Kiezes als erster „Migrant“ in einer verantwortungsvollen Position fest angestellt wird, ist richtungsweisend. Er übernimmt somit vor Ort eine wichtige Vorbildfunktion, wie auch der türkischstämmige Polizist des Abschnitts. In einer Zeit knapper Kassen

sind dies zwei Personalentscheidungen mit Signalwirkung.

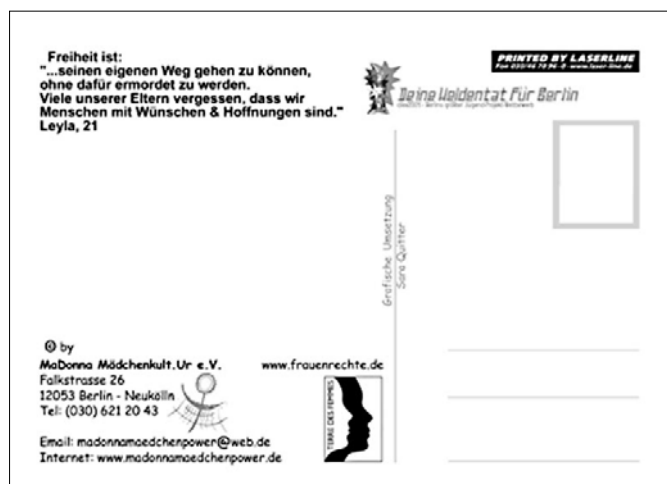
Das ist mein Appell. Die „deutsche“ Welt soll „ihren Migranten“ eine *echte* Chance geben und vor allem in Einrichtungen, die den Staat verkörpern – im Bildungsbereich, bei der Polizei – Einstellungskorridore für sie öffnen, auch wenn die Bewerber nicht alle formalen Voraussetzungen erfüllen. Eine positive Diskriminierung also? Ich bin von der Kraft gezielter symbolischer Entscheidungen überzeugt. Sie weisen den Weg in die Zukunft.

Mehr zum Rollbergviertel unter:
www.rollberg-quartier.de

Ich möchte jedem, der sich für das Thema Migration interessiert, das Buch von Necla Kelek, „Die fremde Braut. Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“ (ISBN 3-462-03469-3), empfehlen. Darin habe ich oft unseren Alltag im Norden von Neukölln wieder erkannt.

- Kontakt:
Gilles Duhem
Franzose, Volkswirt und Stadtplaner,
Quartiersmanager in Berlin-Neukölln
seit Januar 2002

Quartiersbüro Rollberg
Falkstraße 25, D-12053 Berlin
Telefon: 030/68 086 110
Telefax: 030/68 086 112
E-Mail: rollberg@humanismus.de



Die Einrichtung Madonna unterstützt junge Migranten, die sich mit
brisanten Themen auseinander setzen.

Die Elterninitiative ELIF in Duisburg-Marxloh

Der Verein ELIF – Die Elterninitiative mit inzwischen 60 Mitgliedern entfaltet seine Aktivitäten seit drei Jahren im Stadtteil Marxloh und Umgebung.

Eltern unterstützen Eltern

Im Bildungsbereich sind Probleme erkennbar, die sich allein auf der institutionellen Ebene nicht lösen lassen. Eltern, Mütter und Kinder müssen in die Lage versetzt werden, selber Probleme zu erkennen und an deren Lösung mitzuwirken. Für eine nachhaltige Aktivierung und Motivation ist die Ansprache von Eltern durch engagierte Eltern sehr wichtig.

Gespräche und Erfahrungen zeigen, dass gerade Eltern mit Migrationshintergrund oft nicht wissen, dass der Verlauf des Bildungswegs ihrer Kinder im Dialog mit den Institutionen weitestgehend mitbestimmt werden kann. Seitens der Institutionen fehlt meist das Verständnis für die spezifischen Probleme und Belange der Migrantenfamilien. Zudem erschweren sprachliche Barrieren auf beiden Seiten die Verständigung. Auch wird Mehrsprachigkeit der nachwachsenden Generation weder im Elternhaus noch bei den Bildungsträgern wie Schule und Kindergarten als Chance oder besondere Qualifikation der Betroffenen angesehen. Zugleich werden insbesondere Mütter, die auf dem Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen eine sehr wichtige Rolle einnehmen, in den Diskussionen und Ansätzen zur Förderung der Kinder kaum beachtet.

Ziele der Elterninitiative

Wie die PISA-Studie nochmals vor Augen geführt hat, sind nach wie vor Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in unserem Bildungs-

system stark benachteiligt. Die Ziele der Elterninitiative lauten vor diesem Hintergrund:

- Migranteneltern mit den Strukturen und Bildungszielen der deutschen Mehrheitsgesellschaft bekannt machen, damit sie mitreden und gestalten können. Hierfür bietet ELIF regelmäßige Info- und Diskussionsveranstaltungen zum Bildungssystem unter anderem in Kooperation mit der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) oder dem türkischen Bildungsattaché.
- Migrationspezifische Bildungsziele definieren und für diese eine Öffentlichkeit herstellen. So finden regelmäßige Austauschforen mit verschiedenen Migrantenselbstorganisationen und Institutionen statt, um eine breite Diskussion darüber zu führen, wie die Bildungschancen der Migrantenkinder erhöht werden können.
- Die Eltern stark machen, damit sie ihre Kinder stärken können. Eltern bilden sich weiter und lernen mit ihren Kindern gemeinsam.

Angebote für Eltern

Seit Ende 2003 hat der Verein einen Büroraum und zwei weitere Räume im Ortsteilzentrum Schwelgern in Marxloh. So können in eigenen Räumen regelmäßige Aktivitäten wie z.B. zweisprachige Lese- und Märchenstunden für Kinder, eine Anlaufstelle für Familien bei besonderen Fragen und zwecks Austausches über Erziehung, Schulen im Stadtteil usw. organisiert werden. Es finden verschiede-



Vereinsmitglieder. Foto: ELIF e.V.

ne Bildungs- und Qualifizierungsprojekte für Eltern und insbesondere für Mütter und Frauen statt: Deutschkurse, PC-Schulungen, Sprachkurse in Verbindung mit handwerklicher Qualifizierung, Übungsleiterinnenausbildung und regelmäßige Seminare über diverse Themen des Bildungsbereichs wie zweisprachige Erziehung oder bilinguale Schulen.

Zu einem weiteren Schwerpunkt hat sich der musisch-künstlerische Bereich entwickelt: Zusätzlich zum Kindervolkstanzkreis konnte ELIF e.V. in Kooperation mit dem Kulturzentrum Kiebitz einen internationalen Stadtteilchor aufbauen, in dem Kinder und Erwachsene gemeinsam musizieren und singen. Für ELIF e.V. war es z.B. wichtig, dass in diesem Musikprojekt auch klassische türkische Instrumente eingesetzt werden, damit man Migrantenfamilien gewinnen kann.

Erfolge und Perspektiven

Es hat sich gezeigt, dass ELIF e.V. als Selbstorganisation viele Migrantenfamilien und auch deutschstämmige Duisburger für das Thema Bildung im Stadtteil aktivieren kann. So kommen z.B. zum Deutschkurs über 40 Migrantinnen, die über andere Frauen der Initiative geworben wurden. Die bisherige Arbeit zeigt, dass Migrantenfamilien sich um die Bildung ihrer Kinder kümmern und dass sie eine sinnvolle und an „ihren“ Themen anknüpfende Freizeitbeschäftigung für ihre Kinder wünschen. Dafür sind sie auch bereit, sich zu engagieren.

Mit der Kraft der ehrenamtlich arbeitenden Eltern ist ein Verein entstanden, der sich zur Anlaufstelle für Eltern, die entweder ein Problem oder auch eine Idee haben, entwickelt hat. Allerdings zeigt sich auch, dass das ehrenamtliche Engagement professionell gebündelt werden muss, wenn die Aktivitäten einen größeren Kreis von Eltern erreichen und die Angebote weiter entwickelt werden sollen. Auch bedarf es besonderer Anstrengungen, ehrenamtliche „Leseomas“ und „Leseopas“ zu akquirieren und zu „betreuen“.

Insbesondere müssten die Sorgen der Migrantenfamilien um die Zukunft ihrer Kinder, die bei der Elterninitiative immer wieder zur Sprache kommen, aufbereitet und professioneller in der Öffentlichkeit und in der Fachöffentlichkeit diskutiert werden. Dazu bedarf es hauptamtlich arbeitender Personen, die von der Elterninitiative allerdings nicht finanziert werden können.

- Autorin: Leyla Özmal/EG DU
Ansprechpartner: Figen Karakas
Elterninitiative ELIF e.V.,
47169 Duisburg, Willy-Brandt-Ring 44
Telefon: 0203/9942995
E-Mail: elifvduisburg@hotmail.com



Oben: Chor; unten: Mütter und Kinder
Fotos: ELIF e.V.



MIKELE – Evaluation eines Interkulturellen Stadtteilprojekts zur Elternbildung in Ludwigsburg-Eglosheim

MIKELE steht für:

Miteinander – **I**nterkulturelle Elternbildung in **L**udwigsburg-**E**glosheim.

Das Projekt MIKELE

Das Projekt MIKELE versteht als seine Kernaufgabe die Aktivierung und Bildung von Eltern ausländischer Herkunft durch niedrigschwellige Informations- und Kursangebote. Hierzu wurde eine Anzahl von Teilprojekten entwickelt, die vier Jahre lang (2000–2004) in Ludwigsburg-Eglosheim, einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf, vor allem für Familien türkischer Herkunft umgesetzt wurden (vgl. Mugler/Böttle 2003). Das Projekt wurde abschließend im Hinblick auf folgende Fragen evaluiert:

- Welchen Nutzen ziehen Mütter türkischer Herkunft aus den Angeboten von MIKELE?
- Wie schätzen Eglosheimer Kooperationspartnerinnen und -partner die Bedeutung des Projekts ein?
- Wie nehmen türkische Eltern den Bildungs- und Erziehungsprozess ihrer Kinder und ihr Leben im Stadtteil wahr?

Ergebnisse

Das Frauenseminar

Exemplarisch für die Angebote von MIKELE wurde das Frauenseminar, das wöchentlich stattfand, untersucht. Es bot türkischen Müttern, die Kinder im Kindergarten- und Schulalter haben, Gelegenheit, sich mit Themen insbesondere aus dem Erziehungs- und Gesundheitsbereich auseinander zu setzen. Zu diesem Zweck wurden Referentinnen und Referenten einge-

laden; die Vorträge selbst fanden in türkischer Sprache statt oder wurden übersetzt. Außerdem wurden rund zehnmal im Jahr offene Treffs angeboten. Insgesamt wurden mit diesen Angeboten etwa 40 Frauen des Stadtteils erreicht.

18 Teilnehmerinnen – die „Kerngruppe“ – nahmen an einer Fragebogenerhebung teil. Deren Ergebnisse: Die Akzeptanz des Frauenseminars war hoch. Mindestens Zweidrittel der Frauen besuchten die Veranstaltungen regelmäßig, viele von Projektbeginn an, und schätzten den Lerngewinn sehr positiv ein.

Der Nutzen der Veranstaltungen wurde vor allem bei folgenden Inhalten positiv bewertet: Mit Kindern kommunizieren – Probleme der Pubertät verstehen – Vor- und Nachteile des Medienkonsums einschätzen – Kinder vor Drogen beschützen – Über das deutsche Schul- und Bildungssystem Bescheid wissen – Mit Stress umgehen. Alles in allem handelt es sich hierbei also um ein Handlungswissen für Mütter, die ihre Kinder auf das Leben in einer modernen Gesellschaft vorbereiten wollen, ohne selbst darauf vorbereitet worden zu sein. Die Frauen schätzten es zudem, sich gemeinsam fortzubilden, und gaben an, durch den Besuch des Frauenseminars auch in Bezug auf ihr Selbstbewusstsein, ihre Selbstsicherheit und



MIKELE – Das Frauenseminar

ihre Selbständigkeit profitiert zu haben. In ihrem sozialen Umfeld waren sie als Multiplikatorinnen tätig.

Das Gesamtprojekt aus der Sicht von lokalen Kooperationspartnerinnen und -partnern

Mit zwölf Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen und Projekten des Stadtteils wurden in Telefoninterviews die Bedeutung, Qualität und Zukunftsfähigkeit von MIKELE ermittelt. Die Befragten kamen aus den Bereichen Bildung und Erziehung, aus Stadtteilprojekten, der Politik usw.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Auswirkungen auf die Zielgruppe der türkischen Frauen sehr positiv eingeschätzt werden: Sie seien besser informiert, würden sich mit anderen Denkweisen auseinander setzen, seien selbstbewusster, offener und kritischer geworden. Väter würden jedoch seltener erreicht.

Auch die Auswirkungen auf das Stadtteilgeschehen werden überwiegend

positiv beurteilt, vor allem wird über positive Entwicklungen im Bereich „Zusammenleben, Toleranz, Integration“ berichtet.

MIKELE wird außerdem wegen seines Beitrags zum interkulturellen und interreligiösen Dialog und seiner Vernetzung mit anderen Institutionen als wichtiges und fortsetzungswürdiges Projekt wahrgenommen, das allerdings noch verstärkt andere Nationalitäten im Stadtteil einbeziehen sollte.

Ressourcen und Probleme von Eltern türkischer Herkunft

Schließlich wurden exemplarisch vier Eglosheimer Väter und Mütter türkischer Herkunft interviewt. Ziel dieser Befragung war es, einige Aspekte der Lebenswelt und der Problemlagen von Eltern türkischer Herkunft zu beleuchten und die Ergebnisse gegebenenfalls für die weitere Elternbildungsarbeit zu nutzen.

In der Auswertung wurden mehrere sensible Bereiche identifiziert, die potenziell konfliktuell werden können, z.B. diskrepante Vorstellungen über Erziehungsstile (Erziehung zur Selbstständigkeit, geschlechtsspezifische Erziehung) und über die Rolle der Schule (Umgang mit Disziplin). Dem stehen Ressourcen gegenüber, z.B. die egalitäre und flexible Verteilung der Elternpflichten in der Familie.

Das Leben im Stadtteil selbst ist einerseits durch eine zunehmende Verbesserung der Wohnqualität – ein Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen – gekennzeichnet, die auch zu einer Reduktion von nachbarschaftlichen Konflikten führen kann. Auf der anderen Seite erlebt die türkische Wohnbevölkerung Vorbehalte vor allem von Seiten der deutschen Wohnbevölkerung; die Kontakte sind zudem durch das „Kopftuchproblem“ belastet. Positiv wird vermerkt, dass die Kinder in Eglosheim die ethnischen Grenzen bereits weitgehend hinter sich gelassen haben.

Fazit

Alles in allem hat es das Projekt insbesondere Müttern türkischer Herkunft ermöglicht, sich mit anderen Denkweisen auseinander zu setzen, Selbstbewusstsein zu entwickeln und ihre Kinder besser in deren Entwicklung zu unterstützen, wie ihre Selbstaussagen und die Aussagen der Kooperationspartnerinnen und -partner vor Ort bezeugen. Auch die Auswirkungen auf das Leben im Stadtteil werden positiv beurteilt. Eine Projektförderung in einem anderen Stadtteil ist geplant, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des abgeschlossenen Projekts haben inzwischen in eigener Regie in ihrem Stadtteil eine vergleichbare Initiative gestartet.



MIKELE – Das Frauenseminar
Fotos: Inge Mugler, Diakonisches Werk Württemberg

Literatur

- Hennige, U. (2004), MIKELE – Evaluationsbericht. Evangelische Fachhochschule Ludwigsburg (erhältlich über EFH Reutlingen-Ludwigsburg, Telefon: 07141/965 156, Sekretariat Frau Brosi oder u.hennige@efh-ludwigsburg.de)
- Mugler, I./Böttle, Y., MIKELE, Bericht für den Zeitraum 2000 – Mitte 2002 und weitere Projektberichte, erhältlich über Diakonisches Werk Württemberg, Telefon: 0711/1656-280 oder mugler.i@diakonie-wuerttemberg.de

- Kontakt:
Prof. Dr. Ute Hennige
Evangelische Fachhochschule
Reutlingen-Ludwigsburg
Telefon: 07141/965 567
Telefax: 07141/965 550
E-Mail: u.hennige@efh-ludwigsburg.de

Hamburgs Einladung an die Zukunft:

SAGA und GWG fördern integrationsfähige Nachbarschaften

Die beiden städtischen Unternehmen SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg und GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, die seit 1999 einen Gleichordnungskonzern bilden, bewirtschaften rund 135 000 Wohnungen in fast allen Hamburger Stadtteilen.

Der Unternehmensverbund fördert in besonderem Maße die Entwicklung der Quartiere in baulicher und in sozialer Hinsicht. Um nachhaltig die rentable Vermietbarkeit seiner Wohnungen zu sichern, engagiert sich der städtische Konzern mit einer gezielten, zukunftsorientierten Modernisierung der Wohnungsbestände in Kombination mit flankierenden Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Infrastruktur und der Integrationsfähigkeit in den Quartieren. Stabile und integrationsfähige Nachbarschaften sind Hamburgs Einladung an qualifizierte Zuwanderer aus aller Welt für die Zukunft der wachsenden Stadt Hamburg.

Diese soziale wie ökonomische Zielsetzung einer ganzheitlichen und nachhaltigen Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik hat der Unternehmensverbund Ende Juni im Geschäftsbericht 2004 mit dem Titel „Zueinander. Über Hamburgs Brücken“ ausführlich dargestellt. Dabei heißt „Brücken bauen“ für unsere Unternehmen, in der Stadtentwicklung Interessen auszugleichen und Stadtqualität zu sichern. In diesem Sinne baut der Unternehmensverbund SAGA GWG mit seiner Arbeit immer wieder Brücken in Hamburg zwischen bevorzugten Wohnquartieren und Stadtteilen mit sozialen und städtebaulichen

Defiziten, zwischen alten und jungen Menschen sowie zwischen fremden und vertrauten Kulturen.

Im Sinne einer ganzheitlichen und nachhaltigen Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik binden SAGA und GWG ihre Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in Konzepte der gezielten Quartiersverbesserung ein und leisten so einen maßgeblichen Beitrag zum sozialen Ausgleich in den Wohnquartieren, zur Inwertsetzung ganzer Stadtteile und zur wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs:

Vermietung: SAGA und GWG unterstützen über ein flächendeckendes Geschäftsstellennetz und über ihre quartiersbezogene Wohnungsvermietung nachbarschaftliches Wohnen. Durch seine aufmerksame Vermietungspolitik sorgt der Konzern für eine gute Mischung von Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft in den Quartieren. Deshalb gibt es in Hamburg – im Gegensatz zu anderen Großstädten – kein nur „türkisches“ oder nur „osteuropäisches“ Viertel. Die Vermietung von Gewerbeobjekten (z.B. Läden) in Wohngebieten trägt zur Nahversorgung bei und ist besonders für die wachsende Zahl älterer Bewohnerinnen und Bewohner wichtig.

Investition: SAGA und GWG investieren jährlich rund 250 bis 300 Millionen Euro in Instandhaltung, Modernisierung, Umbau, Aufstockung, Dachgeschossausbau und in die infrastrukturelle Aufwertung vorhandener Standorte, um die Produktqualität nachhaltig abzusichern.

Hausbetreuerlogen: Über die Tochtergesellschaft CHANCE besetzen SAGA und GWG rund 100 so genannte Pförtnerlogen mit Hausbetreuern. Ziel der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und ihres Einsatzes in den Logen ist eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Viele der Hausbetreuer stammen aus anderen Ländern und setzen ihre Mehrsprachigkeit als Service für die Mieterschaft ein. Der Einsatz von Hausbetreuern hat sich als Instrument zur Verbesserung der Wohnqualität durch Sauberkeit, Sicherheit und sozialen Ausgleich in benachteiligten Wohngebieten umfassend bewährt.

Eigentumswohnungsvertrieb: SAGA und GWG werden weiterhin durch den Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand die Bildung von Wohneigentum, insbesondere für junge Familien und Schwellenhaushalte, fördern, die Eigentumsquote erhöhen, einen Beitrag zur Stabilisierung der betroffenen Quartiere leisten. Auch darüber sichern beide Unternehmen ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zusätzlich ab.

Quartiersmanagement und Stadtteilmarketing: SAGA und GWG arbeiten aktiv in zahlreichen Gremien, wie z.B. Stadtteilkonferenzen und Sanierungsbeiräten, sowie mit Initiativen, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Beschäftigungsträgern und Unternehmen quartiersbezogen zusammen und beteiligen sich an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, um das Image der betroffenen Stadtteile weiter zu verbessern und Entwicklungsperspektiven zu erschließen.

Mieterbeteiligung: SAGA und GWG binden die Mieterschaft im Rahmen von jährlichen Kundenbefragungen sowie regelmäßigen Mieterversammlungen bei Modernisierungsmaßnahmen aktiv in die Qualitätsentwicklung ein und stärken damit das Verantwortungsgefühl und die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil.

Kultur und Sport: SAGA und GWG initiieren und fördern in ihren Wohngebieten im Rahmen des eigenen Sportprogramms „move!“ regelmäßige Veranstaltungen mit Streetball, Fußball, Basketball und Fahrradtraining für Jugendliche sowie Boule-Turniere besonders für Seniorinnen und Senioren. Kultur und Sport funktionieren grenzenlos. Deswegen sind die Angebote beliebte Treffpunkte für Bewohnerinnen und Bewohner aus allen Herkunftsländern. Die Unternehmen präsentieren – mit Unterstützung von Sponsoren – anspruchsvolle Kulturveranstaltungen, Konzerte, Kunstausstellungen und Kunstaktionen. Ziel ist es, die Wohnqualität zu steigern sowie die Identifikation mit dem Quartier zu verbessern, für Jugendliche attraktive Freizeitangebote zu schaffen und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur im unmittelbaren nachbarschaftlichen Umfeld zu ermöglichen.

Gemeinschaftseinrichtungen: SAGA und GWG bewirtschaften rund 300 Objekte zum Nutzen der Stadtteilmobilität, wie Kindertagesheime, Spielwohnungen, Jugendtreffs, Mütterberatungen, Bücherhallen, Sozialeinrichtungen und Altentagesstätten. Den Mietern werden Gemeinschaftsräume kostenlos zur Verfügung gestellt, in denen sie selbst organisiert Sprachkurse, Hausaufgabenhilfen oder Mutter- und Kind-Treffs anbieten.

Zielgruppenorientierte Wohnformen: Zur Ergänzung ihrer Angebote bieten SAGA und GWG in einigen Stadtteilen zielgruppenorientierte Wohnangebote speziell für Familien oder für Seniorinnen und Senioren im Rahmen von betreutem Wohnen an. Das Unternehmen fördert die Selbstorganisation von Wohngemeinschaften zum Beispiel mit dem Wunschnachbar-Projekt „Bring Dir Deinen Nachbarn mit“. Darüber hinaus nutzen SAGA und GWG, eingebettet in die Quartiersentwicklung auf der Veddel, das Förderprogramm der Stadt Hamburg für studentisches Wohnen mit großem Erfolg an diesem Standort.

Soziale Beratung und Betreuung: SAGA und GWG bieten ihren Mieterinnen und Mietern soziale Beratungs- und Betreuungsleistungen bei Modernisierung, drohendem Wohnungsverlust und Zahlungsverzug. Auch damit leisten sie zusätzliche Beiträge zur sozialen Stabilisierung „überforderter Nachbarschaften“.

Diese einzeln dargestellten Aufgaben bilden gemeinsam die Bausteine für eine ganzheitliche und nachhaltige Stadt- und Stadtteilentwicklungspolitik. Damit arbeitet SAGA GWG im Sinne der Menschen dieser Stadt und des Gesellschafters für eine stabile kulturelle und soziale Integration in den Quartieren.

- Kontakt:
Mario Spitzmüller
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft
Hamburg
GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
Poppenhusenstraße 2, 22305 Hamburg
Telefon: 0 40/4 26 66 9111
Telefax: 0 40/4 26 66 9115
E-Mail: MSpitzmueller@saga-gwg.de
www.saga-gwg.de

Interkulturelle Gärten – Neuartige Sozialräume auf städtischen Brachflächen

Können gemeinwesenorientierte Mischnutzungskonzepte der Kommerzialisierung und Entfunktionalisierung des öffentlichen Raums und einer damit wachsenden sozialkulturellen Verwahrlosung entgegenwirken? Vor dieser Frage steht die Städteplanung angesichts neuerer Segregationstendenzen, die innovative Antworten erfordern. Interkulturelle Gärten könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Hier findet eine markante Aneignung kommunalen Bodens durch Akteure statt, die in der öffentlichen Wahrnehmung eher am Rande positioniert sind, deren Wissensbestände aber höchst fruchtbar gemacht werden könnten für eine zukunftsfähige Gestaltung plurikultureller urbaner Räume. Zahlreiche Beispiele – auch und gerade aus Megacities wie New York und London – zeigen die Integrationspotenziale dieser „Community Gardens“ und unterstreichen deren wachsende Bedeutung für moderne Migrationsgesellschaften.

Interkulturelle Gärten sind neuartige Sozialräume, in denen Migrantinnen und Migranten, häufig mit Fluchthintergrund, gemeinsam mit Deutschen Obst und Gemüse anbauen. Und nicht nur das: In diesen Gartenprojekten werden außerdem Sprach- und Weiterbildungskurse durchgeführt, Feste gefeiert, wird gemeinsam gekocht und interkulturelle Umweltbildungsarbeit konzipiert. Bei all diesen Aktivitäten bringen die Migrantinnen und Migranten ihre Kompetenzen und ihr Wissen ein. Jedes der Projekte bildet dabei seinen eigenen Schwerpunkt heraus: Einige spezialisieren sich auf interkulturelle Bildungsaktivitäten, andere auf therapeutische Arbeit mit Traumatisierten und wieder

andere auf berufliche Qualifizierung und den Aufbau von Mikro-Business. Heute existieren in Deutschland bereits 24 solcher Projekte; weitere 50 sind im Aufbau (Stand: Juli 2005; siehe www.stiftung-interkultur.de).

Die Aktivitäten in Interkulturellen Gärten, die eine wachsende, auch internationale Aufmerksamkeit von Seiten der Stadtplanung erfahren, besitzen über die Berührung von so elementaren Dingen wie Erde und Pflanzen ein kulturübergreifendes, verbindendes Potenzial. Dabei ist es das vertraute Aussehen der Pflanzen, das der eigenen Geschichte Gestalt verleiht. In den Gärten ist es auf originelle Weise möglich, sich neu zu verwurzeln – analog zum Verwurzeln von Pflanzen. Interkulturelle Gärten funktionieren unter anderem deshalb so überzeugend, weil sie an der sozialen Grenze von Herkunfts- und Aufnahmeland sowie von Gegenwart und Vergangenheit angesiedelt sind.

Interkulturelle Gärten gelten heute schon als richtungsweisend, was die in ihnen konsequent angewandte Methodik des Empowerment und der Ressourcenorientierung betrifft. Damit ließen sich auch in anderen Kontexten Integrationseffekte erzielen. Dieses Herangehen birgt erhebliche Demokratisierungspotenziale von unten, die für eine zukunftsfähige Stadtent-

wicklung von unschätzbbarer Bedeutung sein werden. Die Förderung von Interkulturellen Gärten und anderen Initiativen zur Erhaltung und Gestaltung eigenproduktiver, gemeinwesenorientierter öffentlicher Räume ist eine wertvolle Investition in die friedliche Zukunft eines pluralen Miteinanders.



■ Kontakt:
Dr. Christa Müller
STIFTUNG INTERKULTUR
Daiserstraße 15, 81371 München
Telefon: 089-74746019
Telefax: 089-74746030
E-Mail: mueller@stiftung-interkultur.de
www.stiftung-interkultur.de

Aufgaben und Ziele der Stiftung Interkultur

Die Stiftung Interkultur vernetzt, fördert und erforscht Interkulturelle Gärten. Sie nimmt neue Perspektiven aus Theorie und Praxis der weltweiten Migrationsbewegungen auf und lenkt den Blick auf die großen transnationalen wie auch auf die „kleinen Räume“ des Alltagslebens von Migrantinnen und Migranten. Dabei ist sie ein wichtiger Akteur im Wandel der deutschen Gesellschaft zur modernen Migrationsgesellschaft. Das jüngste Vorhaben der Stiftung ist der Wissenstransfer-Schwerpunkt. Hier geht es um die Integration von situierten Wissensbeständen aus Interkulturellen Gärten in Fachhochschulen, um die Ausbildung von Sozialarbeitern/-pädagoginnen interkulturell zu öffnen. Weitere Kontakte bestehen zu universitären Umweltforschungseinrichtungen mit dem Ziel, die Nachhaltigkeitstheorie und -praxis um alltagsweltliche interkulturelle Aspekte zu bereichern.

Die Aufgaben im Einzelnen sind:

- Etablierung von Interkulturellen Gärten als Modell für die ressourcenorientierte interkulturelle Praxis
- Verbreitung und Vernetzung dieser Praxis in Deutschland und in anderen europäischen Ländern
- Wissenschaftliche Begleitung dieser Formen interkultureller Kommunikation, Evaluation des Verbreitungs- und Vernetzungsprozesses sowie Organisation eines Wissenstransfers von Praxis und Wissenschaft
- Förderung von Integrationskonzepten, die auf Eigenarbeit und Eigeninitiative von Migrantinnen und Migranten aufbauen sowie Erweiterung dieser Projektpraxis um interkulturelle Formen der Bildung sowie der beruflichen Orientierung und Qualifizierung
- Transfer von kultur- und religionspezifischem Wissen in die hiesige Nachhaltigkeitsdebatte sowie Öffnung derselben und der kommunalen Agenda-21-Prozesse für die Migrationsbevölkerung. Mit der Fruchtbarmachung des Wissens der Migrantinnen und Migranten eröffnen sich diesen Möglichkeitsräume, sich einerseits als Ideengeber gesellschaftlich einzubringen und andererseits selbst Neues zu erlernen. Damit verfolgt die Arbeit der Stiftung Interkultur dezidiert interkulturelle Bildungsziele.

Zum Weiterlesen:

Christa Müller: Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, München 2002, 176 Seiten mit Fototeil, 16 Euro

Netzwerk Interkulturelle Gärten – Gesamtliste (Stand August 2005)

Baden-Württemberg

- * Interkulturelle Gärten Konstanz (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Aalen (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten St. Blasien (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Schwäbisch Hall (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Emmendingen (im Aufbau)

Bayern

- * Münchner Gärten der Kulturen
- * Internationale Bewohnergärten München-Neuperlach
- * Interkulturelle Gärten Freising (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Fürth (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Lindau (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten an der IG Feuerwache, München (im Aufbau)
- * Wurzelgarten - ein interkulturelles Gartenprojekt für Dachau (im Aufbau)
- * Generationengarten Würzburg (im Aufbau)

Berlin

- * Interkulturelle Gärten Berlin-Köpenick
- * Interkultureller Heilgarten im Behandlungszentrum für Folteropfer, Moabit
- * Integrationsgarten Perivoli – Unser Garten, Berlin-Neukölln
- * Interkulturelle Gärten Berlin-Friedrichshain
- * Interkultureller Garten Berlin-Lichtenberg
- * Interkultureller Garten der Generationen Berlin-Mitte (im Aufbau)
- * Interkultureller Heilgarten Berlin-Kreuzberg (im Aufbau)
- * Community Garden Ost-West, Berlin-Kreuzberg (im A.)
- * Interkulturelle Gärten Berlin-Pankow (im Aufbau)
- * Garten der Kulturen der Welt auf dem Gleisdreieck (im A.)
- * Autofreies Stadtviertel an der Panke (im Aufbau)
- * Internationales Friedenskolleg e.V. (im Aufbau)
- * Landesverband Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe (im Aufbau)

Brandenburg

- * Integrationsgarten und Internationaler Schulgarten Potsdam
- * Interkultureller Garten Joachimsthal
- * Hugentottengarten Potsdam (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Finsterwalde (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Werder/Glindow (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Groß Glienicke (im Aufbau)

Bremen

- * „Nane Limon Kabugu – Pfefferminz & Zitronenschale“, Bremen
- * Internationale Gärten Bremen-Nord (im Aufbau)

Hamburg

- * Interkulturelle Gärten Hamburg-Wilhelmsburg (im A.)

Hessen

- * Internationaler Frauengarten Kassel
- * Interkulturelle Gärten Marburg
- * Internationale Gärten Offenbach (im Aufbau)
- * Internationale Gärten Rüsselsheim (im Aufbau)
- * Interkulturelle Kleingartenanlage Eschwege (im A.)

Mecklenburg-Vorpommern

- * Interkultureller Subsistenzgarten Hof Ulenkrug (im A.)
- * Interkulturelle Gärten Greifswald (im Aufbau)

Niedersachsen

- * Internationale Gärten Göttingen e.V.
- * Vietnamesische Gärten Aurich
- * Eine Welt Garten Bovenden
- * Gärten der Weltreligionen, Osnabrück
- * Interkulturelle Gärten Bohmte (im Aufbau)
- * Internationale Gärten Garbsen (im Aufbau)

Nordrhein-Westfalen

- * Interkultureller Garten Köln
- * Bunte Gärten Alte Kirchstraße, Essen
- * Internationale Gärten Bielefeld (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Bad Salzuflen (im Aufbau)
- * Mediterrane Gärten in der Barbarastraße, Aachen (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gartenhöfe Köln-Kalk (im Aufbau)
- * Internationale Gartengemeinschaft Köln (im Aufbau)
- * Internationaler Garten Bonn (im Aufbau)

Rheinland-Pfalz

- * Interkulturelle Gärten Bad Kreuznach (im Aufbau)

Sachsen

- * Bunte Gärten Leipzig
- * Internationale Gärten Dresden e.V. (im Aufbau)

Sachsen-Anhalt

- * Integrationsgarten Kadomom, Kade bei Genthin
- * Interkultureller Garten Dessau
- * Neustadt-Gärten, Halle-Neustadt
- * Garten der Begegnung, Halle (im Aufbau)

Thüringen

- * Therapeutische Gärten Erfurt (im Aufbau)

BOSNIEN

- * Interkulturelle Gärten Zenica
- * Interkulturelle Gärten Srebrenica (im Aufbau)

GROSSBRITANNIEN

- * Local Food Project, London

NIEDERLANDE

- * Interkulturelle Gärten Arnhem (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Den Haag (im Aufbau)

ÖSTERREICH

- * Integrationsgarten im Geriatriezentrum Wien (im A.)
- * Interkulturelle Gärten Salzburg (im Aufbau)
- * Interkulturelle Gärten Graz (im Aufbau)

Netzwerk Interkulturelle Gärten – Preise und Auszeichnungen

Internationale Gärten Göttingen

- 2005: Umweltpreis „Trophée des Femmes – Frauen für die Natur“ der Umweltstiftung „Fondation Yves-Rocher“ für Najeha Abid
- 2004: Preis für nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“
- 2003: Preis für die Umsetzung der Ziele der Lokalen Agenda 21 der Stadt Göttingen
- 2002: Integrationspreis des Bundespräsidenten

- 2002: Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“
- 2002: Preis der Stadt Göttingen „für den beispielhaften Beitrag zur Umsetzung der Ziele der Lokalen Agenda 21“
- 2001: Förderpreis Aktive Bürgerschaft (Bundessieger)
- 2001: Förderpreis „Aktion Bürger machen Staat“ (Landessieger Niedersachsen)
- 2000: Gewinner der Ausschreibung „Neue Umweltbildungskonzepte des Bundesumweltministeriums“

Interkulturelle Gärten Berlin-Köpenick

- 2004: Preisträger im Wettbewerb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit „Global vernetzt – lokal aktiv“
- 2004: Preis für nachahmenswertes zivilgesellschaftliches Engagement vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“

Bunte Gärten Leipzig

- 2004: Preis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“
- 2003: Willi-Bleicher-Sonderpreis des DGB Baden-Württemberg
- 2002: USable-Preis der Körber-Stiftung, Hamburg
- 2001: Leipziger Agenda 21-Preis

Internationaler Frauengarten Kassel

- 2004: Hessischer Integrationspreis für das interkulturelle Umweltbildungsprojekt „Gartenbau und Landwirtschaft für Kinder“

Interkulturelle Gärten Marburg

- 2004: Auszeichnung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2004“
- 2004: „Förderpreis Ideen und Engagement“ in der Kategorie „Herausragendes kulturelles oder soziales Engagement eines Vereins oder einer Gruppe“ des Rotary Club Marburg

Münchner Gärten der Kulturen

- 2004: Förderpreis „Münchner Lichtblicke“ der Landeshauptstadt München, des Ausländerbeirates und der Lichterkette e.V.

ZAK-Bewohnergärten München-Neuperlach

- 2001: Gewinn beim Ideen- und Projektwettbewerb „München – Offen für Kinder“
- 1990: Goldplakette beim 3. Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“ des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Multikultureller Paradiesgarten Dessau

- 2004: Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ für das Konzept des Paradiesgartens am Multikulturellen Zentrum Dessau

„Eine Straße blüht auf“

Selbstorganisation und lokale Wirtschaftsförderung in Wiesbaden

Preis „Soziale Stadt“ 2004

Der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ findet seit dem Jahr 2000 im Zwei-Jahres-Turnus statt. Er ist ein Gemeinschaftsprojekt von Deutschem Städte- tag, AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, Schader-Stiftung, TreuHandStelle GmbH Essen und vhw – Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung e.V. und wird durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unterstützt. Das hier vorgestellte Wiesbadener Projekt ist einer der Preisträger des Jahres 2004.

Das Westend in Wiesbaden ist ein Stadtteil mit besonderer Prägung – jahrzehntelang sind Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund eingewandert und haben die Strukturen des Stadtquartiers beeinflusst. Heute ist das Westend auch gekennzeichnet durch eine instabile Gewerbesituation – hiervon zeugen viele leer stehende Läden –, abnehmende soziale Bindungen zwischen Bewohnerschaft und Gewerbebetrieben und durch Mängel im äußeren Erscheinungsbild. Das angespannte soziale Klima wird noch verschärft durch Arbeitslosigkeit und eine hohe Kriminalitätsrate. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, mussten Maßnahmen ergriffen werden, die breit angelegt auf mehreren Ebenen wirken und eine Stadtteil-Identität auszubilden helfen.

Im August 2000 entstanden Initiativen zur Gewerbeentwicklung, die sich auf die Hauptgeschäftsstraße des Quartiers konzentrieren – die Wellritzstraße. Dieser Bereich ist stark vom Einzelhandel geprägt; durch eine Befragung von 30 Ladenbesitzerinnen und -besitzern ließen sich die wesentlichen Problembereiche ermitteln und ein stabiles Gewerbemonitoring aufbauen.

Nach gemeinsamen Werbeaktionen wurde schließlich der Gewerbeverein „Wellritz 2000 e.V.“ gegründet, der von deutschen und nicht-deutschen Geschäftsleuten getragen wird; ihm gehören inzwischen 20 Betriebe an. Eine Gruppe von zwölf Geschäftsleuten verständigte sich sogar auf eine weitergehende Marketingstrategie aus mehreren Komponenten: Renovierung der Wellritzstraße, Engagement in der Aktion „Kultur vor Ort“, Verbesserung der Ladenfronten, Aufbau einer Gewerbeflächen-Börse, Verbesserung des Geschäftsumfeldes in Kooperation mit städtischen Ämtern (Erneuerung der Gehwege, Begrünung von Fassaden) und vieles mehr. Ein Anfang war gemacht.



Vom Gewerbeverein angeregt wurde ein Förderprogramm zur Verbesserung des Erscheinungsbildes von Läden und Gebäudefassaden initiiert. Es verfehlte seine Wirkung nicht: Investitionen durch Hauseigentümer und Geschäftsleute wurden angestoßen, und insgesamt wurden 24 Förderverträge mit einer Gesamtinvestition von etwa 300 000 Euro abgeschlossen. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Zuschüsse durch private Investitionen deutlich übertroffen werden.



Die Interessengemeinschaft Wellritz 2000 hat gezeigt, dass durch Selbsthilfe wesentlich gezielter Maßnahmen entwickelt werden können, die den besonderen und vielfältigen Charakter des Westends hervorheben. Zahlreiche Neugründungen und das Aufblühen des Geschäftslebens durch das verbesserte Erscheinungsbild sind ein Beweis dafür, dass die multikulturelle, urbane Atmosphäre kein Makel, sondern das Potenzial des Stadtteils ist.

■ Kontakt:
Bülent Ekiz
Wellritzstraße 49, 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611-7247963
Telefax: 0611-7247445
E-Mail: kubis-wiesbaden@t-online.de
Fotos: Jana Kabobel

„Gemeinsam für ein besseres Image“ –

Interkulturelle Projekte beim Imagewettbewerb der Sozialen Stadt NRW

Der Wettbewerb

Im November 2004 lobten das Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) und die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal einen „Wettbewerb zur Imageverbesserung von Stadtteilen mit besonderen Problemlagen“, den Imagewettbewerb der Sozialen Stadt NRW 2004, aus.

Im Ausschreibungstext hieß es unter anderem: „Mit dem Wettbewerb suchen wir ungewöhnliche, kreative, herausragende Kampagnen, Aktionen oder Produkte, die das Image Ihres Stadtteils verbessern. Wichtig ist uns bei den Beiträgen, dass sie gemeinsam mit Ihnen, den Menschen, die in einem Stadtteil leben, entwickelt und umgesetzt werden.“

Im März 2005 bewertete eine unabhängige Jury die 53 eingereichten Beiträge; sie vergab insgesamt fünf Preise und vier Anerkennungen, darunter an die folgenden interkulturellen Projekte und Aktionen. Die Preise wurden im Rahmen einer Großveranstaltung des Städtenetzes „Soziale Stadt NRW“ am 8. April 2005 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen durch Ministerpräsident Peer Steinbrück und Minister Dr. Michael Vesper vergeben.

1. Preis: Gülhane Elise – Rosenkalender/Rosengarten in Duisburg-Marxloh

„Die Rose soll das neue Symbol für das interkulturelle Miteinander in Duisburg-Marxloh werden: Ein Rosengarten – Gülhane Elise – soll nach den Vorstellungen der international

besetzten Bürgerinitiative Elisenhof dort entstehen, wo bis vor kurzem noch eine Bergarbeitersiedlung, der Elisenhof, stand. Als Verbindung zwischen einer christlichen Kirche und der geplanten Moschee in Marxloh ‚symbolisiert der Garten einen Ort der Begegnung und verbindet in beeindruckender Weise Einwanderungs- und Aufnahmegesellschaft miteinander‘, so die Jury. Die Bürgerinitiative greift damit die Idee des Rosenparks Gülhane vor dem Topkapi-Palast in Istanbul auf.

Mit einem Rosenkalender in den leeren Fenstern des Elisenhofs hatte die Bürgerinitiative bereits im Advent 2003 für große Aufmerksamkeit gesorgt: Bunte und lebendige Rosenbilder erweckten den Elisenhof noch einmal zum Leben – ein Projekt, ‚das durch Emotionen berührt‘, so die Jury. Zudem erzeugt die Vision Gülhane Elise ‚eine völlig neue Außenwirkung, die nicht die Defizite des Stadtteils thematisiert, sondern endlich einmal dessen unschätzbare Potenziale in den Blick rückt.‘“

Sonderpreis des Ministerpräsidenten: Süd-West-ORIENTierung / Internationaler Frauentreff „Café Global“ in Bergheim-Süd/West

„Jugendliche aus verschiedenen Nationen verbinden orientalische und europäische Elemente der Musik und drücken mit eigenen Bildern und Texten ihre Alltagsprobleme und Wünsche aus. Das Multimediaprojekt ‚Süd-West-ORIENTierung‘ haben die Jugendlichen selbst geplant. Live-Auftritte sind in Arbeit. Die Jury würdigte das Projekt als ‚herausragende

Identitätsplattform für die Jugendlichen im Stadtteil’.

Auf Initiative von Bewohnerinnen entstand 2002 mit dem Internationalen Frauentreff ‚Café Global‘ ein Ort der Integration und der Identifikation im Quartier. Ein Ort, der Schutz bietet – weil die Frauen unter sich sind – und gleichzeitig Öffnung bedeutet – weil sie die Aktivitäten aus den Wohnungen hinaus in die Gemeinschaft verlegen. Durch persönliche Ansprache motivieren sie auch andere Frauen zum Mitmachen, eine Tatsache, die die Jury besonders hervorhebt.

Beide Projekte stehen für selbstorganisierte Aktivitäten von Bewohnerinnen und Bewohnern in einem besonders benachteiligten Stadtteil, in dem die Ausgangsbedingungen für bürgerschaftliches Engagement denkbar schwierig sind: Bergheim-Süd-West ist eine Großsiedlung, deren Wohnungen in den Händen von mehr als 500 Eigentümern liegen. Das interkulturelle bürgerschaftliche Engagement verdient daher aus Sicht der Jury besondere Anerkennung.“



Rosenkalender in den leeren Fenstern des Elisenhofs (Duisburg-Marxloh)

Die Texte zu den Projekten sind dem Flyer „Gemeinsam für ein besseres Image. Imagewettbewerb der Sozialen Stadt NRW 2004. Die Preisträger“ entnommen. Der Wettbewerb wurde durch das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen – ILS NRW betreut.

Veranstaltungshinweise Siehe auch S. 17

15.11.2005, Hannover

„Sprachförderung in benachteiligten Stadtteilen“; Zielgruppe: Vertreterinnen und Vertreter aus Quartiersmanagements, aus Gemeinwesen- und Stadtteilprojekten, Vereinen, Schulen und Kindergärten; Veranstalter: Geschäftsstelle LAG; Veranstaltungsort: Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover; Info: Geschäftsstelle LAG, E-Mail: geschaeftsstelle@lag-nds.de

16.-18.11.2005, Hannover

„Stadtteilzentren im (demografischen) Wandel. Jahrestagung Stadtteilarbeit 2005“; Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., PlanKom, Redaktion www.stadtteilarbeit.de; Veranstaltungsort: Soziales und Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg („KroKuS“), Thie 6, 30539 Hannover; Info: Nanci Handrik, Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtteilarbeit, Friedrichswall 15, 30159 Hannover, Telefon: 0511/168-45244, Telefax: 0511/42144, E-Mail: nanci.handrik@hannover-stadt.de

18.11.2005, Berlin

„Präventionsziele gegen Armut: Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten. 11. Kongress Armut und Gesundheit“; Veranstalter: Gesundheit Berlin e.V.; Veranstaltungsort: Rathaus Schöneberg, Berlin; Info: Franzisca Schmelzle, Friedrichstr. 231, 10969 Berlin, Telefon: 030/443190-72, Fax: 030/443190-63, E-Mail: schmelzle@gesundheitberlin.de

21.-23.11.2005, Berlin

21.-23.11.2005, Berlin

„Ganztagsschulen als Aufgabe kommunaler Schulpolitik“; Zielgruppe: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Schulamts, Jugendamt, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Kämmerei, Fraktionen/Ausschüsse; Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu); Veranstaltungsort: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin; Info: Bettina Leute (Difu), Telefon: 030/39001-258, Telefax: 030/39001-268, E-Mail: leute@difu.de

28.-30.11.2005, Berlin

„Wirtschaftliche Aktivitäten von Migranten“; Zielgruppe: Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Wirtschaftsförderung, Liegen-

schaften, Stadtentwicklung, Stadtplanung, Kämmerei, Ratsmitglieder, Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Kammern und Verbände; Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu); Veranstaltungsort: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin; Info: Rosa Hackenberg (Difu), Telefon: 030/39001-259, Fax: 030/39001-268, E-Mail: hackenberg@difu.de

30.11.2005

„Bundesweiter Wettbewerb: Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement“; Bewerbungsschluss: 30.11.2005

Mit einem bundesweiten Wettbewerb will die Stiftung Bürger für Bürger die Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement fördern. Vorbildhafte Praxis und realisierbare innovative Ideen sollen mit dem Wettbewerb identifiziert, anerkannt und zur Nachahmung oder erstmaligen Realisierung angeregt werden.

Gesucht werden Projekte, bei denen sich Migranten mit Einheimischen oder Migranten unterschiedlicher nationaler oder ethnischer Herkunft gemeinsam für das Gemeinwesen engagieren. Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt durch Geldpreise – 1. Preis: 2.500 Euro, 2. Preis: 1.500 Euro, 3. Preis: 1.000 Euro –, diese sollen für die weitere Arbeit eingesetzt werden, Öffentlichkeitsarbeit – unter anderem eine Preisträgerveranstaltung und eine attraktive Dokumentation, Kontakte – Vermittlung von Kontakten zu kompetenten Unterstützern und für den Aufbau eines Netzwerkes zur gegenseitigen Hilfe. Von den Wettbewerbsteilnehmern wird erwartet, dass sie ihre Erfahrungen und ihr Know-how mit den anderen Beteiligten sowie mit weiteren Interessierten teilen, etwa bei regionalen oder themenorientierten Netzwerktreffen.

Formlose Bewerbungen mit weiteren Infos wie Projektbeschreibung, Pressebeiträgen, Publikationen und Internetverweisen sind zu richten an die Stiftung Bürger für Bürger, Herrn Bernhard Schulz, Singerstr. 109, 10179 Berlin, E-Mail: info@buerger-fuer-buerger.de, Telefon 030/243149-0. Der Wettbewerb wird unterstützt von der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. in Bochum und der DFB-Stiftung Egidius Braun.